

Olbrisch-Ziegler, Annette

Working Paper

COVID-19 – Staatliche Gegenmaßnahmen und die Folgen für die deutschen Staatsfinanzen

Suggested Citation: Olbrisch-Ziegler, Annette (2022) : COVID-19 – Staatliche Gegenmaßnahmen und die Folgen für die deutschen Staatsfinanzen, ZBW - Leibniz Information Centre for Economics, Kiel, Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/260618>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Annette Olbrisch-Ziegler¹

COVID-19 – Staatliche Gegenmaßnahmen und die Folgen für die deutschen Staatsfinanzen

Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie hat neben medizinischen auch gesellschaftliche, soziale und vor allem ökonomische Spuren in der jüngsten Zeit in der deutschen Gesellschaft hinterlassen. Durch ein Potpourri verschiedenster staatlicher Maßnahmen wurde die Konjunktur belebt und der Versuch unternommen, die Verwerfungen in der Gesellschaft wie auch der Wirtschaft kleinzuhalten. Die Folgen für die deutschen Staatsfinanzen durch die erforderliche Kreditaufnahme sind erheblich und erhöhen die Verschuldungsquote. Eine Betrachtung der Verschuldung nach Corona aus europäischer Sicht findet in einem zweiten Papier statt.

Management Summary

In addition to medical, the corona pandemic has recently left its mark on German society, socially, and above all, economically. The attempts to revive the economy and to minimize the upheavals by a large wreath of various state measures in society as well as the economy can be assessed as successful in large parts. The consequences for German public finances are considerable and increase the debt ratio. An analysis of European countries debt situation after COVID-19 will be topic of a consecutive paper.

¹ Dr. Annette Olbrisch-Ziegler ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der NBS Northern Business School - University of Applied Sciences, forscht und lehrt am Institut für psychosoziale Versorgungs- und Organisationsforschung (IpVOF).

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	2
Tabellenverzeichnis	3
1 Einführung	4
2 Verlauf der Pandemie	5
2.1 Ausbreitung des Virus	5
2.2 Impfstoffentwicklung: Produktion und Verteilung	7
3 Anti-Corona-Maßnahmen der Regierung	9
3.1 Corona-Maßnahmen der Regierung in Deutschland	9
3.2 Folgen der staatlichen Eindämmungsmaßnahmen	11
3.3 Schutzmaßnahmen im Urteil der Bevölkerung	16
4 Folgen für die Staatsfinanzen	18
4.1 Einnahmen des Staates	20
4.2 Ausgaben des Staates: Erhöhter Finanzbedarf durch die Krise	22
5 Konsequenzen für die Schuldensituation	30
Literaturverzeichnis	34
Anhang	40

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung und Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts (Deutschland)	4
Abbildung 2: Entwicklung der Arbeitslosenquote	5
Abbildung 3: Entwicklung der Pandemie	6
Abbildung 4: Neuinfektionen nach Altersgruppen	7
Abbildung 5: Produktionskapazitäten Corona-Impfstoff	8
Abbildung 6: Virusvarianten (Stand: 10.02.2022)	9
Abbildung 7: Infektionszahlen in Deutschland	9

Abbildung 8: Betroffenheit der Wirtschaftsbereiche.....	12
Abbildung 9: Umsatz Gastgewerbe	13
Abbildung 10: Gastgewerbe - Insolvenzgefahr	13
Abbildung 11: Kurzarbeit nach Sektoren.....	14
Abbildung 12: Umsatz Einzelhandel, exkl. Lebensmittel.....	14
Abbildung 13: Umsatz Einzelhandel - Lebensmittel.....	15
Abbildung 14: Einzelhandelsumsätze – Indexwerte.....	15
Abbildung 15: Einzelhandel – Gewinner und Verlierer	16
Abbildung 16: Länder mit den striktesten Eindämmungsmaßnahmen gegen das Coronavirus, Indexdarstellung, Stand: 21.02.2022	17
Abbildung 17: Corona-Schutzmaßnahmen im Urteil der Bevölkerung.....	18
Abbildung 18: Veränderung BIP und BIP-pro-Kopf (Deutschland).....	19
Abbildung 19: BIP je Einwohner (Deutschland).....	19
Abbildung 20: Finanzierungssaldo des Staates	20
Abbildung 21: Einnahmen aus Gemeinschafts-, Bundes- und Landessteuern	23
Abbildung 22: Entwicklung der Steuereinnahmen.....	23
Abbildung 23: Ausgewählte Bestandteile des Konjunkturpakets der Bundesregierung zur Bewältigung der Corona-Krise (vom 03.06.2020)	28
Abbildung 24: Entwicklung der Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen.....	29
Abbildung 25: Rendite 10-jähriger Staatsanleihen Deutschland	32

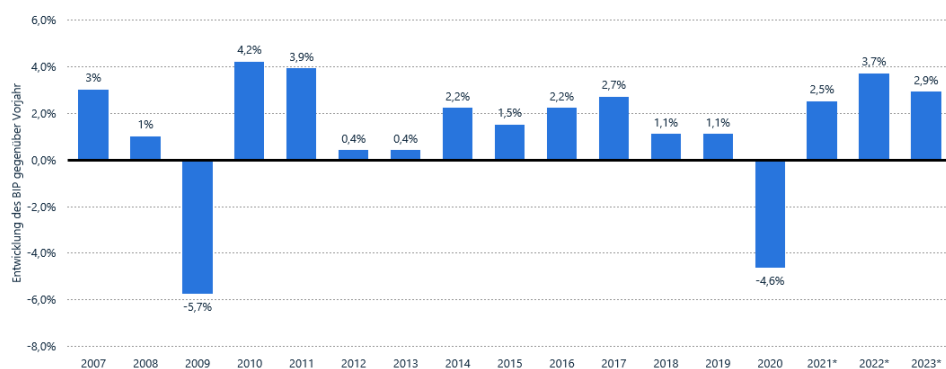
Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht der Corona-Maßnahmen in Deutschland.....	10
Tabelle 2: Entwicklung der Steuereinnahmen	20
Tabelle 3: Veränderung der Steuereinnahmen.....	21
Tabelle 4: Bundeshaushalt (inkl. Nachtragshaushalt, Angaben in Mrd. Euro).....	22
Tabelle 5: Ausgewählte Sozialversicherungen – Überschüsse und Defizite	28

1 Einführung

Mit Stand Frühjahr 2022 scheint die COVID-19-Pandemie allmählich abzuklingen. Nach Jahren eines in Wellen verlaufenden Infektionsgeschehens, das erhebliche Spuren in der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Nationen hinterlassen hat, verdichten sich nun die Anzeichen, die eine ökonomische Erholung in Aussicht stellen. Die positive Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands, die anhaltend sinkenden Arbeitslosenzahlen seit dem Rezessionshöhepunkt 2020 sind deutliche Anzeichen einer Erholung der deutschen Wirtschaft.

Abbildung 1: Entwicklung und Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts (Deutschland)



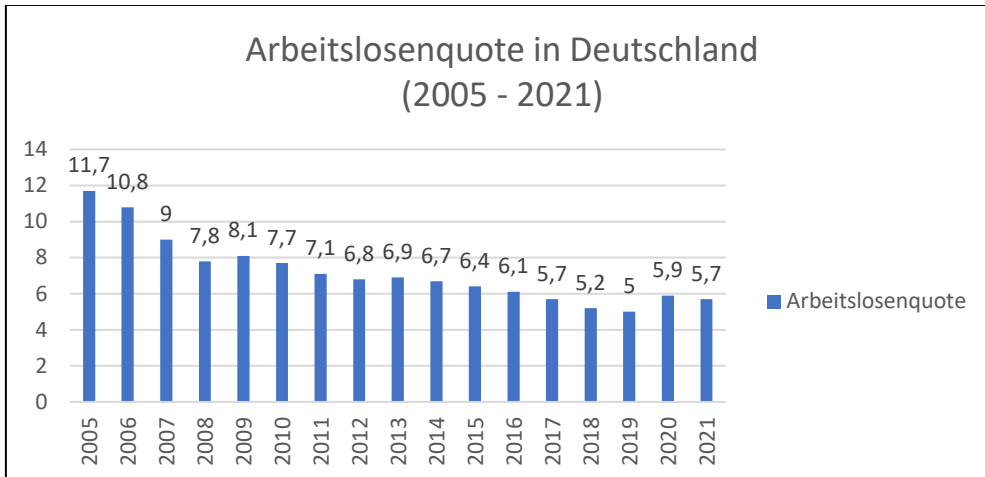
Hinweis(e): Deutschland, 2007 bis 2021, Preis-, saison- und kalenderbereinigt
Weitere Angaben zu dieser Statistik, sowie Erläuterungen zu Fußnoten, sind auf [Seite 8](#) zu finden.
Quelle(n): Statistisches Bundesamt; Ifo Institut; ID: 73760

statista

Quelle: Statista, Prognose des ifo-Instituts (2021 bis 2023)

Erfreulich in den vergangenen Jahren auch die Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland. Trotz der Turbulenzen rund um die Lehman Brothers-Pleite und der anschließende Banken-, Finanz- und in vielen Ländern Schuldenkrise (2008 und 2009) zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt überaus robust und im langjährigen Trend werden erfreulich niedrige Arbeitslosenzahlen registriert. So hat auch der Wirtschaftseinbruch rund um die COVID-19-Krise nur bedingt Spuren bei den Arbeitslosenzahlen hinterlassen. Die Robustheit des deutschen Arbeitsmarktes in jüngster Vergangenheit im Zusammenspiel mit den Hilfspaketen der Regierung gibt Anlass zur Hoffnung, dass auch diese Krise keine fortdauernde Reduktion der Beschäftigtenzahlen auslöst, sondern eine zügige Erholung erwartbar ist. Allerdings hängen die ökonomische Prosperität wie auch niedrige Arbeitslosenzahlen primär vom weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie, den Gegenmaßnahmen der Regierungen und Unternehmen wie auch den finanziellen Spielräumen der Regierungen ab, denn die Krise und deren Bekämpfungsstrategie hinterlässt deutliche Spuren in den Staatsfinanzen.

Abbildung 2: Entwicklung der Arbeitslosenquote



Quelle: Bundeagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

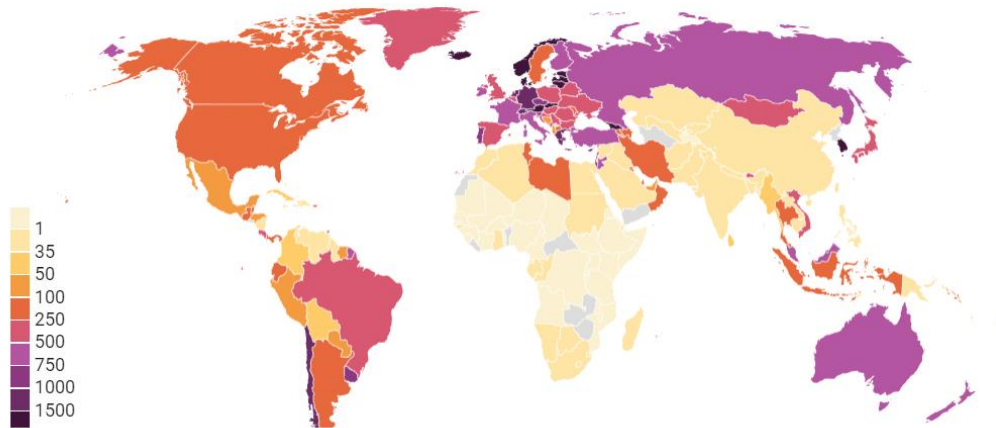
2 Verlauf der Pandemie

2.1 Ausbreitung des Virus

Vermutlich bereits im November des Jahres 2019, spätestens mit der offiziellen Meldung der chinesischen Regierung bei der Weltgesundheits-organisation WHO am 31. Dezember 2019 bahnte sich eine neue Lungenerkrankung ihren Weg in die Welt und in kürzester Zeit über alle Kontinente hinweg. Die Verbreitung des unter der Bezeichnung SARS-CoV-2 klassifizierten Virus erfolgte in einer bis dato nicht erlebten Geschwindigkeit: Bereits Mitte Januar 2020 wurde die erste Infektion außerhalb des chinesischen Staatsgebietes identifiziert, am 21. Januar 2020 wird die erste Erkrankung in den USA festgestellt, am 24. Januar in Frankreich und am 27. Januar in Deutschland. Bereits im Februar versterben die ersten Patienten an der Lungenerkrankung COVID-19 (**Corona Virus Disease 2019**) in Frankreich und Italien. Die ersten krisenhaften Lagen im medizinischen Bereich erforderten Bewegungseinschränkungen der Bevölkerungen und Abriegelungen von Städten, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen (Reiseverbote, Ausgangssperren). Am 2. März 2020 wird COVID-19 bereits in 60 Ländern nachgewiesen und die World Health Organization (WHO) vermeldet mehr als 3.000 Todesfälle weltweit. Im selben Monat ruft die WHO den Pandemiestatus aus. Von nun an verbreitet sich das Virus mit bisher unbekannter Geschwindigkeit und in verschiedenen Mutationen über den Planeten. In den europäischen Ländern werden Gegenmaßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, die vielfältigen Maßnahmen zielen primär auf die Reduktion sozialer Kontakte, um die Weitergabe des Virus zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen. Die drohende Über-

lastung des Gesundheitssystems veranlasste die EU in ihrer Gesamtheit, aber auch einzelne Nationalstaaten, Einreiseverbote, strenge Grenzkontrollen und in Deutschland eine Rückholaktion für mehr als 160.000 gestrandete Urlauber zu starten.

Abbildung 3: Entwicklung der Pandemie



Anmerkung: Die Zahlen spiegeln die 7-Tage-Inzidenz wider, also die Zahl der Infizierten je 100.000 Einwohner.
Quelle: Deutschlandfunk Stand Februar 2020

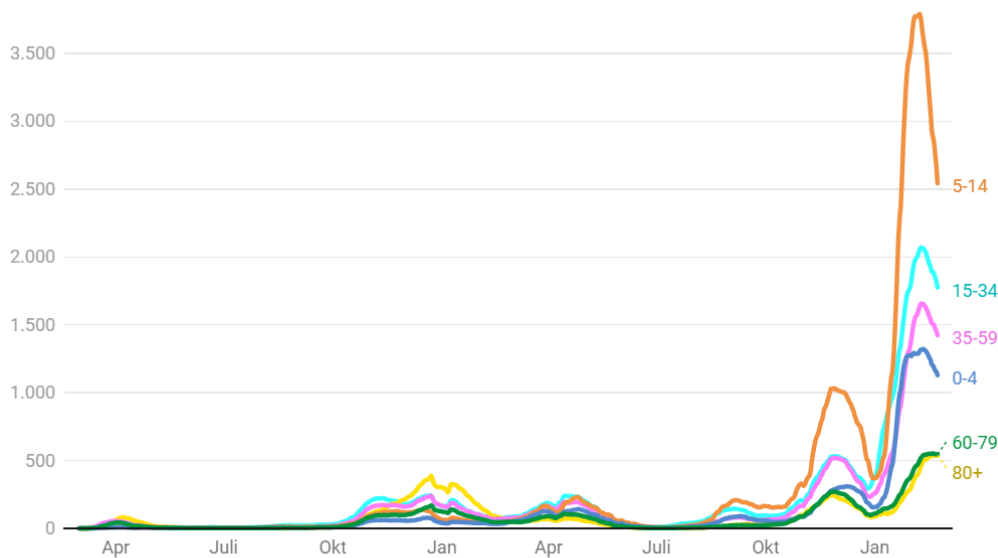
Am 22. März werden für Deutschland strenge Ausgangs- und Kontaktbeschränkung beschlossen, Millionen Deutsche konnten nicht mehr oder nur noch im Home-Office arbeiten. Auch Schul- und Kitaschließungen, Veranstaltungs- und Versammlungsverbote, Ausgehverbote, strenge Einreisekontrollen u.v.m. wurden vorgenommen.² Ende März 2020 sind nach Berechnungen der John-Hopkins-Universität mehr als 800.000 Menschen weltweit infiziert, fast 40.000 Menschen verstorben. In Deutschland werden mehr als 67.000 Fälle und über 680 Tote registriert. Zwischen dem Zeitpunkt der Meldung des Auftretens von COVID-19 bis zu mehr als 800.000 Infizierten vergingen nur drei Monate – die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Virus war atemberaubend; wie auch die Verluste an Menschenleben und Schäden an Gesundheit und Wirtschaftskraft.

Während in der Anfangsphase der Pandemie die Sorge insbesondere der Infektion betagter Personen galt, bei denen die Risikofaktoren Alter und Vorerkrankung für eine besonders hohe Letalität des Corona-Virus verantwortlich zeichneten, sind in den späteren Monaten (Oktober 2021 bis Februar 2022) besonders die jüngeren Alterskohorten der Gesellschaft von einer COVID-19-Infektion betroffen. Nach den teils traumatischen Erfahrungen der

² Eine Übersicht der Entwicklung in Deutschland findet sich unter MDR – Corona-Rückblick 2022 wie auch Deutschlandfunk (DW) COVID-19 - Chronologie: Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland, 2022.

Gesellschaft mit strengen Lockdowns und Schulschließungen in der ersten Welle im Herbst bzw. Winter 2021/22 wurden die Schul- und Ausbildungsstätten bewusst offen gehalten.³ In der Folge fielen die Infektionszahlen bemerkenswert hoch aus in den Gruppen der Kitakinder (0 bis 4 Jahre)⁴, Schulkinder (5 bis 14 Jahren) sowie bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis 34 Jahren).

Abbildung 4: Neuinfektionen nach Altersgruppen



Grafik: Deutschlandfunk • Quelle: RKI • Einbetten • Erstellt mit Datawrapper

Quelle: Deutschlandfunk 2022 Daten: RKI, Zeitraum April 2020 bis Januar 2022.

2.2 Impfstoffentwicklung: Produktion und Verteilung

Dank der schnellen Entwicklung wirksamer Impfstoffe und deren Prüfung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA)⁵ konnte die Europäische Kommission bereits am 21. Dezember 2020 die ersten Impfstoffe zulassen, zunächst von BioNTech-Pfizer (mRNA)⁶, es folgte Moderna (mRNA) am 6. Januar 2021 und das Impfmittel von AstraZeneca (Adenovirus) am 29. Januar 2021. Am 11. März 2021 erhielt Janssen Pharmaceutica NV (Johnson & Johnson, Adenovirus) sowie am 20. Dezember 2021 der erste sog. Totimpfstoff von Novavax (Protein-Basis). Die Entwicklung verschiedener Impfstoffe stellt ein gewichtiges Argument dar, um Impfkritikern, die beispielsweise die vergleichsweise neue

³ Vgl. hierzu u.a. Daube 2022.

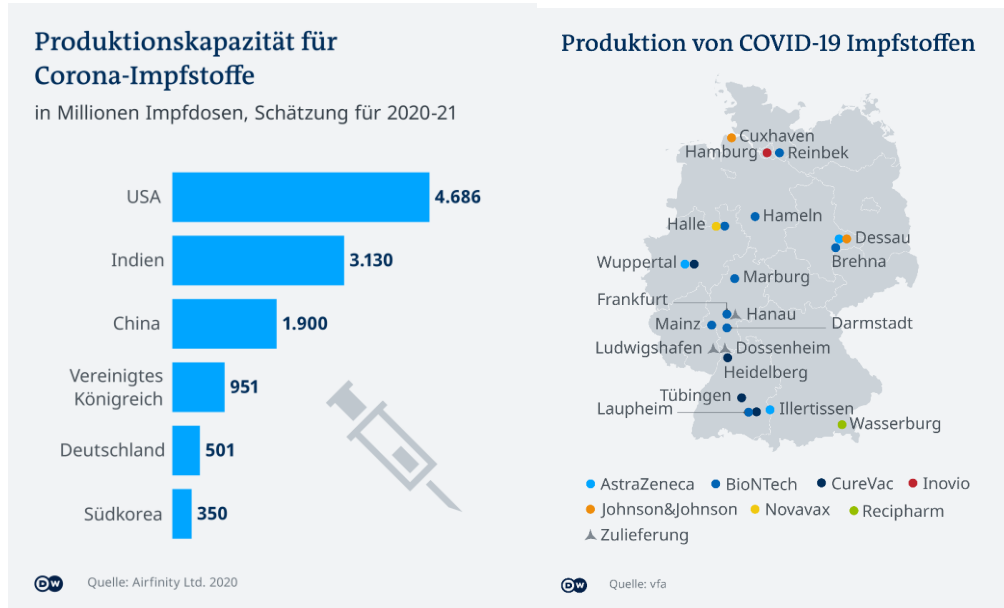
⁴ Die STIKO empfiehlt eine Impfung bei Kindern erst ab einem Alter von 12 Jahren.

⁵ Vgl. EU 2022.

⁶ Vgl. Gelbe Liste 2022.

Technologie eines mRNA-Impfstoffs ablehnen, eine Alternative bieten zu können.⁷ Die zunächst langsam anlaufende Produktion von Impfstoff drückte sich zu Beginn der Impfkampagnen in entsprechend niedrigen Impfquoten aus. Aber durch den Ausbau der Produktionskapazitäten in Deutschland wie auch weltweit wird die Versorgung der Welt mit Impfstoffen in den kommenden Monaten voraussichtlich sichergestellt werden können.

Abbildung 5: Produktionskapazitäten Corona-Impfstoff



Quelle: Deutschlandfunk 2022c und 2022d

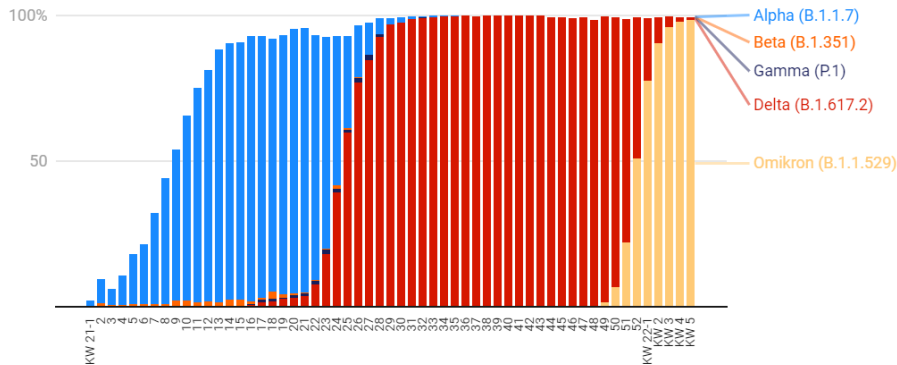
Die Impfungen verhindern zwar keine Infektion mit dem Corona-Virus, das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs wird jedoch erheblich gesenkt. Somit schützen Impfungen nicht nur die Gesundheit und das Leben der Menschen; eine hohe Impfquote der Bevölkerung ermöglicht es, den Gesundheitssektor funktionsfähig zu erhalten, dessen Überbeanspruchung zu verhindern und mit der räumlichen Begrenzung von COVID-19-Ausbrüchen (durch Quarantäne-Maßnahmen) auch eine Rückkehr zu gewohnten Produktionsweisen und Produktivitäten der Prä-Corona-Zeit. Selbst für die zahlreichen Virusvarianten, die sich innerhalb von knapp zwei Jahren entwickelten, liefern die aktuellen Impfstoffe eine gute bis sehr gute Immunantwort. Und die jüngste Mutation des Virus (Omikron) scheint deutlich infektiöser zu sein als die Vorgänger, dafür sind die

⁷ Vgl. hierzu Wesolowski 2021, Bundesregierung 2022, Robert Koch Institut 2022 und Bundesministerium für Gesundheit 2022.

Krankheitsverläufe aber überwiegend weniger schwerwiegend und in ihrer Letalität reduziert.⁸

Abbildung 6: Virusvarianten (Stand: 10.02.2022)

Die Grafik zeigt den Anteil sequenzierter VOC-Virusvarianten in der Menge der zufällig für Sequenzierung ausgewählten Proben (Stichprobe).



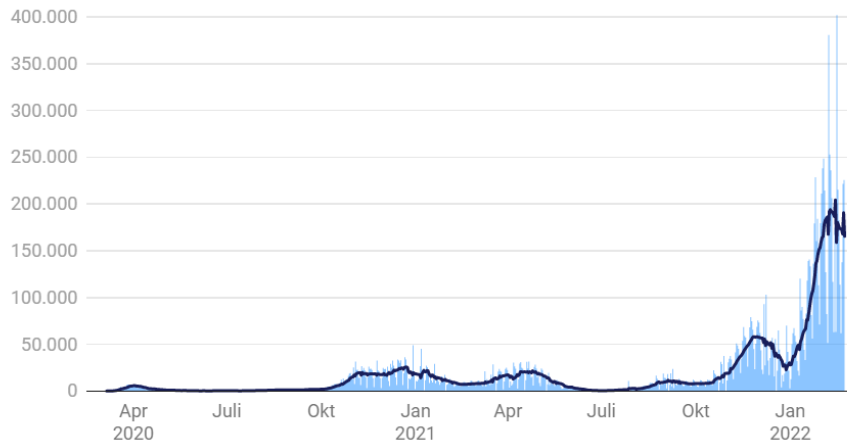
Quelle: Deutschlandfunk 2022a

3 Anti-Corona-Maßnahmen der Regierung

3.1 Corona-Maßnahmen der Regierung in Deutschland

Das Infektionsgeschehen entwickelte und entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch. Zum Herbst bzw. Winter hin scheinen die Infektionszahlen in Wellen anzusteigen, um im späten Frühjahr wieder abzufallen.

Abbildung 7: Infektionszahlen in Deutschland



Grafik: Deutschlandfunk • Quelle: [Johns-Hopkins-Universität](#) • Einbetten • Erstellt mit [Datawrapper](#)
Quelle: Deutschlandfunk 2022a

Die deutsche Regierung hat ihre Maßnahmen entsprechend des Infektionsverlaufs stets an die lokalen Erfordernisse angepasst. Bedingt durch die föderale Struktur der

⁸ Vgl. Tropeninstitut 2021.

Bundesrepublik Deutschland sind Maßnahmen, die im Sinne der Seuchenbekämpfung bzw. der Aufrechterhaltung der Volksgesundheit ergriffen werden sollen, auf die drei Entscheidungsebenen Bund, Länder und Gemeinden verteilt.

Tabelle 1: Übersicht der Corona-Maßnahmen in Deutschland

Bereich	Maßnahmen
Kontaktbeschränkungen bei privaten Treffen	Ungeimpfte/ungenesene Personen dürfen maximal eine (zwei) Personen eines weiteren Haushalts empfangen (Kinder bis 14 Jahren sind ausgenommen), AHA+L+A-Regeln ⁹
Isolation von Infizierten/ Quarantäne	Isolation Infizierter in heimischer Quarantäne mit der Möglichkeit zum „Freitesten“ von Kontaktpersonen
Kultur und Freizeitveranstaltungen	2 G (Geimpfte und Genesene), 2G+ (Geimpfte, Genesene plus tagesaktueller Test), 3G (Geimpfte, Genesene und „Geboosterte“), 3G+ (Geimpfte, Genesene und „Geboosterte“ plus negativer PCR-Test)
Einzelhandel	Geschäfte des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Apotheken, Drogerien) sind unbeschränkt, allerdings mit Maske zu betreten. Für weitere Geschäfte gilt in den meisten Bundesländern die 2G, zeitweise die 2G+-Regelung
Gastronomie / Hotellerie	Nach wochenlanger Schließung (z.B. im Winter/Frühjahr 2020) Wiedereröffnung nur unter Maskengebrauch, mit strengen Abstandsregeln, teils Sperrstundenverordnungen. Zutritt gemäß 2G+, teils 3G-Regelungen
Clubs, Diskotheken, Großveranstaltungen	Tanzveranstaltungen verboten, unter 2G+-Bedingungen geöffnet. Begrenzung der Teilnehmer auf z.B. 60 Prozent der Höchstkapazitäten, Geisterspiele etc.
ÖPNV	Zunächst nur Maskenpflicht, mittlerweile 3G-Regel,
Alten- und Pflegeheime	Maskenpflicht, zusätzliche 3G-Pflicht, tägliche negative Testergebnisse und einrichtungsbezogene Impfpflicht
Schulen und Kindertagesstätten	Ab Schließung: Home-Schooling und Betreuung Zuhause, bei Wiedereröffnung: wöchentliche, z.T. tägliche Testpflicht
Arbeitsplatz	Wo möglich, muss Home-Office angeboten werden. Arbeitsaufnahme im Betrieb nur unter 3G-Regeln (inkl. kostenloser Tests zweimal die Woche)

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Bundesregierung 2022

⁹ AHA-L-A steht für Abstand halten, Hygiene beachten, im Alltag Maske tragen, regelmäßig lüften und Corona-Warn-App nutzen, siehe näheres unter Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA).

Der Infektionsschutz ist auf Ebene der Bundesländer angesiedelt, diese entscheiden über Schul- und Geschäftsschließungen, Ausgehverbote u. ä. Die Umsetzung und Überwachung der Einhaltung dieser Anordnungen erfolgt von den Gesundheitsämtern in den Gemeinden bzw. Kreisen. Die Abschottung der deutschen Grenzen, Kontrolle einreisender Personen und Abstimmung mit anderen Nationen oder der EU fallen hingegen in den Aufgabenbereich der Bundesregierung. Die Maßnahmen wurden i.d.R. in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern getroffen (Bund-Länder-Konferenzen), wenn auch die Beratungen durchaus kontrovers verliefen und die Beschlüsse in unterschiedlichem Ausmaß zur Anwendung kommen – je nach lokalem Infektionsgrad.

Wenn von den Maßnahmen der Regierung die Rede ist, werden in diesem Aufsatz die Entitäten des Bundes und der Länder darunter subsumiert. Die tabellarisch aufgeführten Eingriffe geben einen Überblick bezüglich der Vielfalt der Corona-Eindämmungsmaßnahmen.

3.2 Folgen der staatlichen Eindämmungsmaßnahmen

Die aus infektionsbiologischer Sicht notwendigen Maßnahmen zur Reduktion von Kontakten, der Lockdown und die Besuchsbeschränkungen, treffen weite Teile der Wirtschaft, zunächst insbesondere Branchen, die mit Publikumsverkehr einhergehen: Tourismus, Gastgewerbe, Hotellerie, aber auch die Veranstaltungsbranche, Kunst und Kultur, Bühnenbesitzer, ergänzende Dienstleistungen wie technisches Equipment, Catering, Raumpflege, Sicherheitsdienste u. ä.

Industrien und Dienstleister, deren Aufgabenstellungen unproblematisch ins Home-Office verlagert werden konnten, weil Zugriff aufs Firmennetzwerk, ein PC und ein Telefon für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ausreichend waren, leiden tendenziell wenig bis kaum unter den Corona-Beschränkungen. Aber Produktionsstätten, die eine Vor-Ort-Anwesenheit erfordern, die die Zusammenarbeit mehrerer Personen zur Aufgabenerledigung benötigen, haben durch (erzwungene) Werksschließungen oder Schutzauflagen zum Teil erhebliche Outputreduktionen und auch Produktivitätsverluste hinnehmen müssen. Insbesondere die klassischen Produktionsbereiche (Industrie, Handwerk) wie auch publikumsreiche Sektoren (Tourismus, Gastgewerbe, Kultur) haben

Abbildung 8: Betroffenheit der Wirtschaftsbereiche

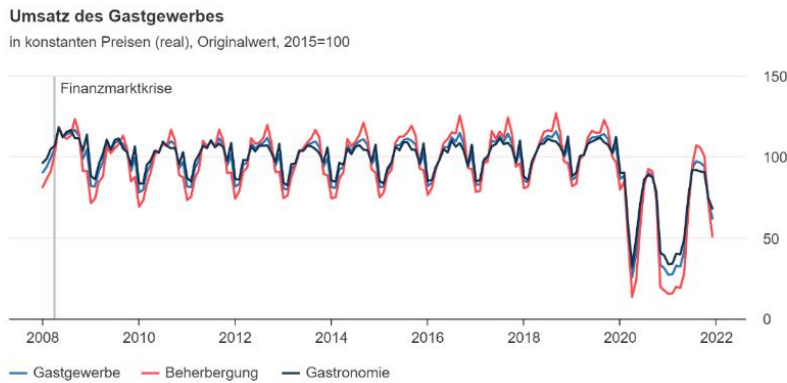
niedrige Betroffenheit (12,9 Mio. SV-Beschäftigte)	mittlere Betroffenheit (13,0 Mio. SV-Beschäftigte)	hohe Betroffenheit (7,5 Mio. SV-Beschäftigte)
Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Herstellung von Vorleistungen (insb. Chemie, Kunststoffe)
Baugewerbe	Herstellung häuslich konsumierter Güter (wie Lebensmittel/Getränke, Textil/Bekleidung, Pharma)	Metall- und Elektroindustrie, Stahlindustrie (inkl. Maschinen-/Fahrzeugbau)
Information und Kommunikation	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Kultur- und Kreativwirtschaft (ohne Software- und Gamesbranche)
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Logistik	Tourismus/Gastgewerbe
Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	Sonstige und unternehmensnahe Dienstleistungen	
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung		
Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen		
Gesundheits- und Sozialwesen		

Quelle: Ehrentraut et.al. 2020

schwer gelitten. Wohingegen Tätigkeiten, die eher im Home-Office erbracht werden können (Programmierungen, Finanzdienstleistungen etc.) oder die überwiegend in Außenbereichen erfolgen, nahezu kein Infektionsrisiko beinhalteten und deshalb auch regulär erbracht werden konnten.

Entsprechend haben sich auf dem Höhepunkt der COVID-19-Krise die Umsätze der Branchen unterschiedlich entwickelt. Die höchsten Verluste und Umsatzeinbrüche im Jahr 2020 erwarteten Tourismus, Kultur- und Kreativwirtschaft, Logistik und KFZ-Handel. Und diese Erwartungen haben sich eingetreten, wie die folgenden Abbildungen belegen. So hat das Gastgewerbe 2020 und 2021 dramatische Einbußen erlitten. Die angeordneten Schließungen von Gaststätten, Restaurants und Cafés haben zu starken Umsatzeinbußen geführt.

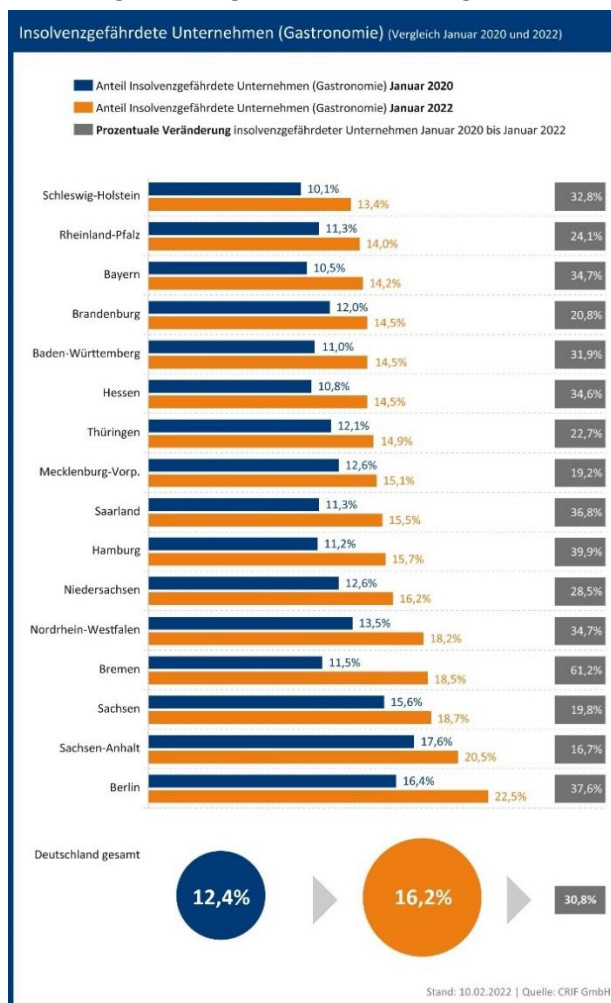
Abbildung 9: Umsatz Gastgewerbe



Quelle: Destatis 2022

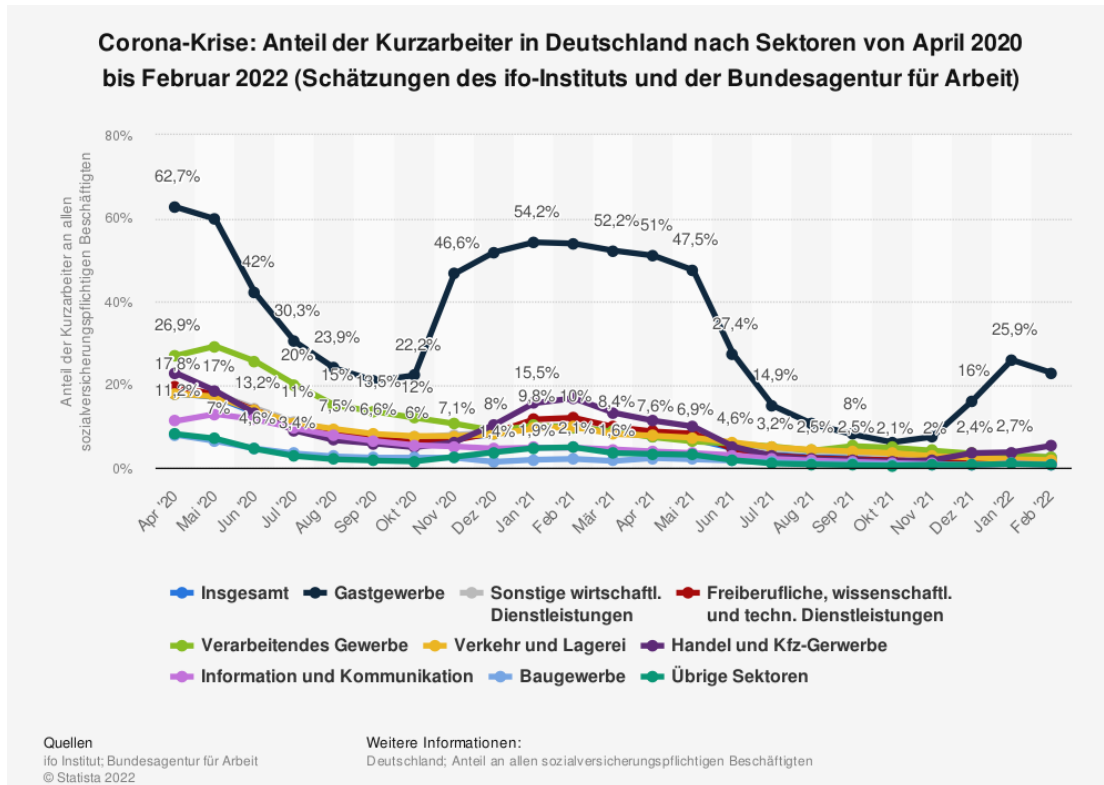
Die Insolvenzgefahr hat sich entsprechend erhöht. Mit jeder weiteren Maßnahme oder Verschärfung schmelzen die Rücklagen und Ersparnisse der Betriebe, sinken die Umsätze sowie Gewinne und wird die Resilienz der Betriebe gemindert.

Abbildung 10: Gastgewerbe - Insolvenzgefahr



Quelle: CRIF GmbH, Meldung vom 10.02.2022

Abbildung 11: Kurzarbeit nach Sektoren

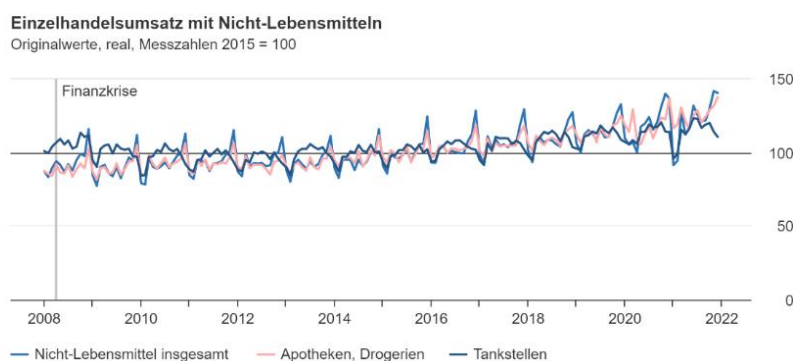


Quelle: Statista 2022b

Gleichzeitig steigen die Anmeldungen zur Kurzarbeit, die Daten belegen die asymmetrische Betroffenheit der Branchen mit dem Gastgewerbe an der Spitze.

Im Einzelhandel ist das Bild etwas differenzierter – gut zu erkennen in der divergierenden Entwicklung der Umsätze, während in den strengeren Kontaktbeschränkungsphasen Herbst-Winter (2020, 2021 und 2022) die Umsätze von Drogerien und Apotheken sich überdurchschnittlich gut entwickelten (die Ladenlokale blieben unter Hygienemaßnahmen geöffnet), so sind Umsätze der Tankstellen (dank Home-Office) und des Nicht-Lebensmittel-Handels stark eingebrochen.

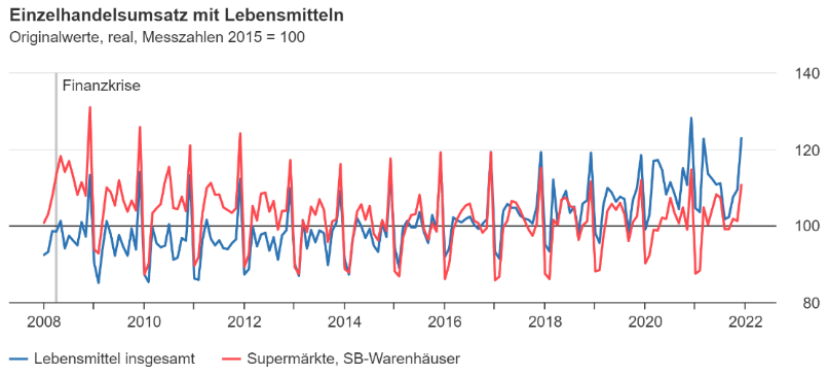
Abbildung 12: Umsatz Einzelhandel, exkl. Lebensmittel



Quelle: Destatis 2022

Mangels Alternativen zum herkömmlichen Einkaufsbummel erlitten zahlreiche Branchen große Umsatzeinbußen, ein veritabler Teil der Bevölkerung war wochenlang, teilweise monatelang dank Home-Office und Home-Schooling von typischen Einkaufsgewohnheiten abgeschnitten: Der übliche Bummel durch die Innenstädte entfiel oder war nur unter zahlreichen Auflagen möglich. Dies schreckte potentielle Konsumenten stark ab.

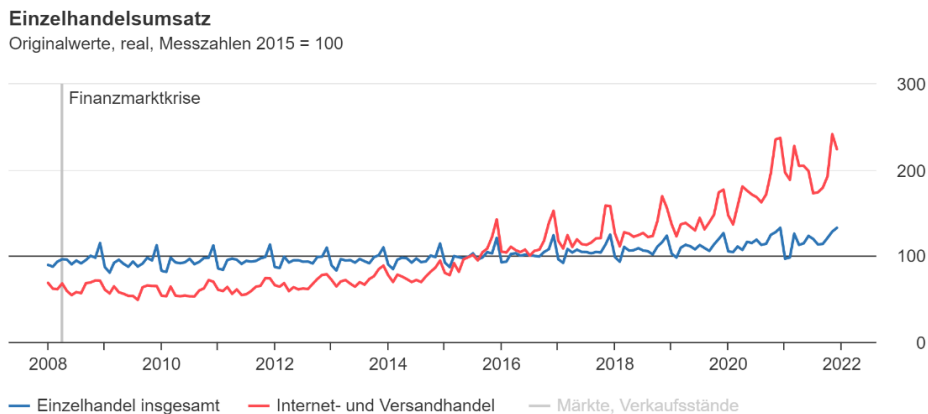
Abbildung 13: Umsatz Einzelhandel - Lebensmittel



Quelle: Destatis 2022

Umso mehr wurden die Möglichkeiten des Online-Einkaufs genutzt. Die Umsatzzahlen des Onlinehandels entwickelten sich entsprechend gut.

Abbildung 14: Einzelhandelsumsätze – Indexwerte



Quelle: Destatis 2022

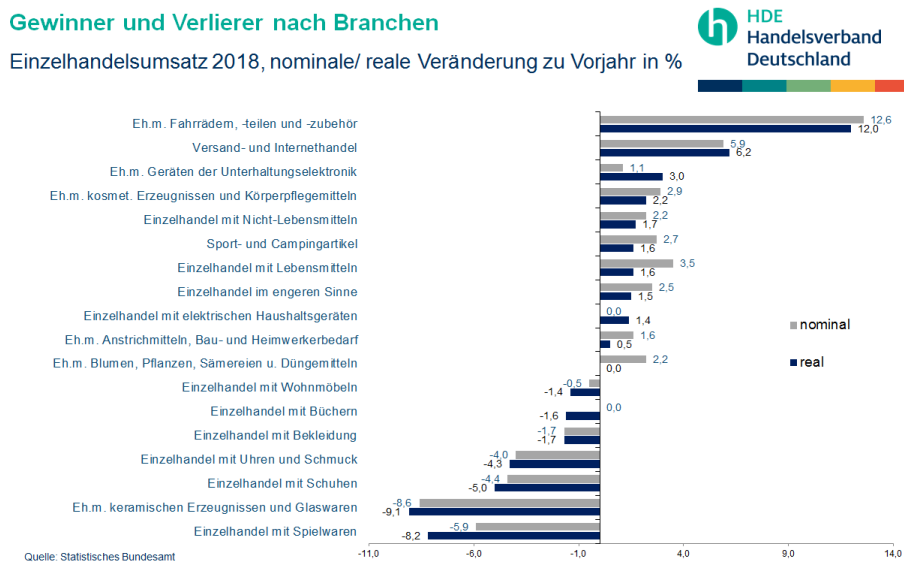
Die Lockdownphasen und Regulierungen haben das öffentliche und private Leben stark eingeschränkt: Die Bewegungsräume der Einzelnen wurden teils drastisch reduziert. In Hamburg galt vom 01.04.2021 bis zum 12.05.2021 sogar eine nächtliche Ausgangssperre¹⁰ – eine Maßnahme, die selbst im zweiten Weltkrieg nicht verhängt wurde. Diese

¹⁰ Vgl. Spiegel Online 2021.

Konzentration auf das Private, das Häusliche, die Begrenzung der Erlebniswelt auf enge Familienmitglieder und Nachbarn schuf das Corona-Biedermeier¹¹.

Naturgemäß profitierten von diesem Rückzug ins Private insbesondere Branchen, die dieser Fokussierung auf das wohnungszentrierte, auf die Kernfamilie beschränkte Leben entsprechen: Internethandel, Unterhaltungselektronik, Streaming-Dienste¹², Sport- und Campingartikel, Fahrradhandel.¹³ Eine zeitliche Übersicht des Anstiegens und Fallens der Coronainfektionen und die jeweils ergriffenen Maßnahmen der Regierung lassen sich der Zeitstrahl-Darstellung im Anhang entnehmen.

Abbildung 15: Einzelhandel – Gewinner und Verlierer



Quelle: Handelsverband Deutschland 2022

Die Adaption der Gesellschaft an die an- und abschwelenden Infektionszahlen und die entsprechenden staatlichen Gegenmaßnahmen wurden in der Regel von der Gesellschaft breit akzeptiert und befolgt.¹⁴

3.3 Schutzmaßnahmen im Urteil der Bevölkerung

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Sicherstellung der Funktionsweise des Gesundheitssystems und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft – so weit möglich und

¹¹ Vgl. NDR 2021, RP Online 2021, Zeit Online 2020.

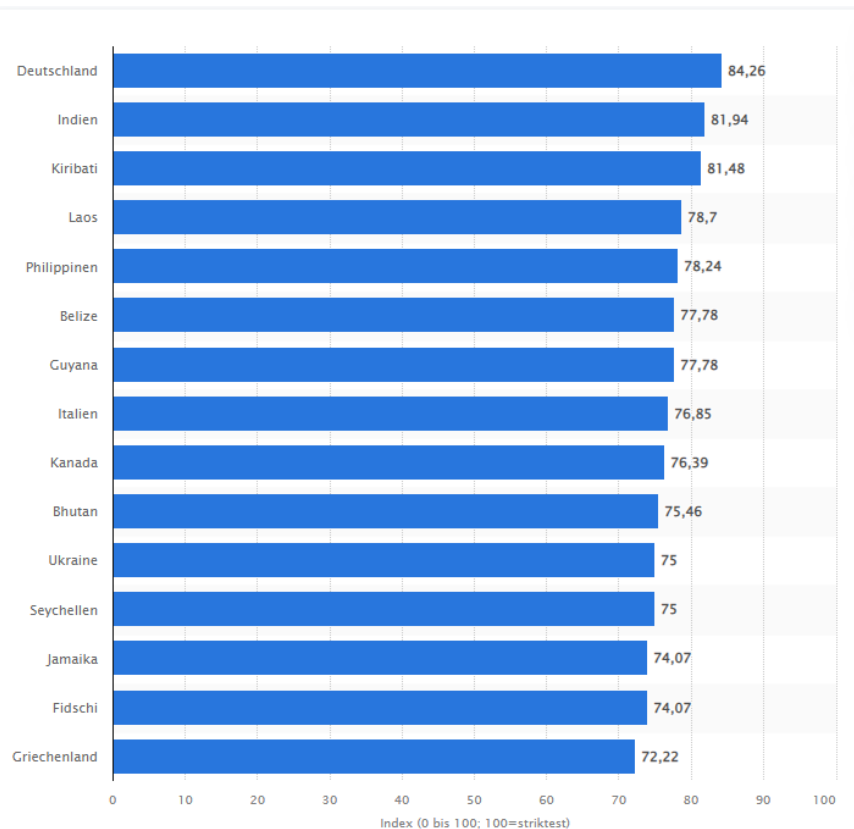
¹² Im Corona-Jahr 2020 konnte Netflix nach eigenen Angaben 37 Millionen neue Abonnenten gewinnen, Disney+ innerhalb von nur 16 Monaten 100 Millionen Neukunden, Tagesschau 2020. Zu verändertem Medienverhalten siehe auch it Daily und Statista 2022c.

¹³ Vgl. Deutschlandfunk 2020.

¹⁴ Vgl. El-Menouar 2021.

vertretbar – wurden weltweit Maßnahmen seitens der Regierungen ergriffen. Exemplarisch wird der Maßnahmenkatalog der deutschen Regierung dargestellt; in unterschiedlichen Abstufungen und Varianten wurden die Regeln soweit nötig und angemessen, in direkter Reaktion auf den Pandemieverlauf dynamisch angepasst. Die Abbildung belegt, dass Deutschland vergleichsweise harte Regulierungen für Menschen und Unternehmen auflegte. Die für die Bundesrepublik ergriffenen Schutzmaßnahmen wurden im Zeitablauf auf Ebene der Kommunen und Verwaltungsbezirke regelmäßig lagebedingt angepasst. Diese sehr individuellen Anpassungsschritte unter Bezugnahme auf die lokalen Infektionszahlen führten zu einem „Flickenteppich“¹⁵ an unterschiedlichen Regeln in den einzelnen Regionen, die die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht erleichterte.

Abbildung 16: Länder mit den striktesten Eindämmungsmaßnahmen gegen das Coronavirus, Indexdarstellung, Stand: 21.02.2022



Quelle: Statista 2022d¹⁶

¹⁵ Vgl. Felbermayr und Stehn 2020 sowie Tagesschau 2021.

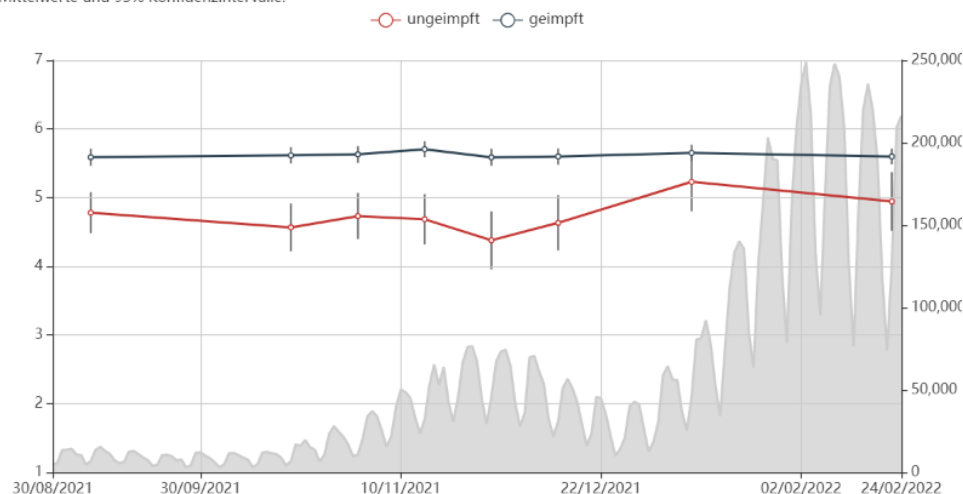
¹⁶ Nach Berechnungen der Oxford University hatte Deutschland bis zum 21. Februar 2022 (oder den aktuellsten verfügbaren Werten) weltweit die striktesten Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus erlassen. Mit 81,26 von 100 Indexpunkten rangiert Deutschland auf dem ersten Platz. Der Oxford COVID-19 Government Response Tracker (OxCGRT) sammelt systematische Informationen über politische

Gerade an der Grenze zwischen Bundesländern, wie beispielsweise in der Region Hamburg und den angrenzenden Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen, führten unterschiedliche Regelungen in Bezug auf die Schließung von Baumärkten dazu, dass es zu einem umtriebigen Einkaufstourismus kam. Geschlossene Baumärkte in Hamburg führten zu verstärktem Besuch Hamburger Kunden in naheliegenden Umlandgemeinden. Dieser zusätzliche Einkaufsverkehr war natürlich unerwünscht, weil somit auch gleichzeitig das Virus verstärkt die Landesgrenzen überquerte. Der Flickenteppich an unterschiedlichen Regelungen wurde zu Beginn der Pandemie noch eher akzeptiert, mit anhaltender Dauer regte sich mehr und mehr Unmut in der Bevölkerung über die unterschiedlichen Bedingungen. Der Wunsch nach bundesweit einheitlichen Regeln wurde vermehrt artikuliert.

Abbildung 17: Corona-Schutzmaßnahmen im Urteil der Bevölkerung

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sollten bundesweit einheitlich sein.

Mittelwerte und 95% Konfidenzintervalle.



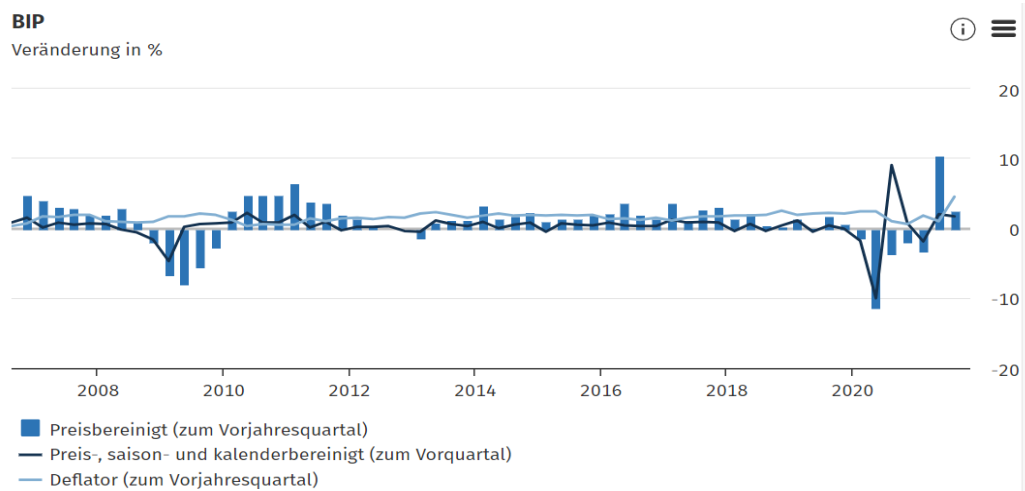
Quelle: Cosmo – COVID-19 Snapshot Monitoring

4 Folgen für die Staatsfinanzen

Die Schwere der Rezession hinterließ deutliche Spuren in allen zentralen volkswirtschaftlichen Aggregaten. Die Schwere der Corona-Rezession lässt sich an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ablesen. Die Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik schrumpfte im Jahr 2020 um 4,9 Prozent im Vergleich zu den Werten des Vorjahres.

Maßnahmen, die Regierungen zur Bekämpfung von COVID-19 ergriffen haben. Kodierung erfolgt in Indikatoren wie Schulschließungen, Reisebeschränkungen, Impfpolitik.

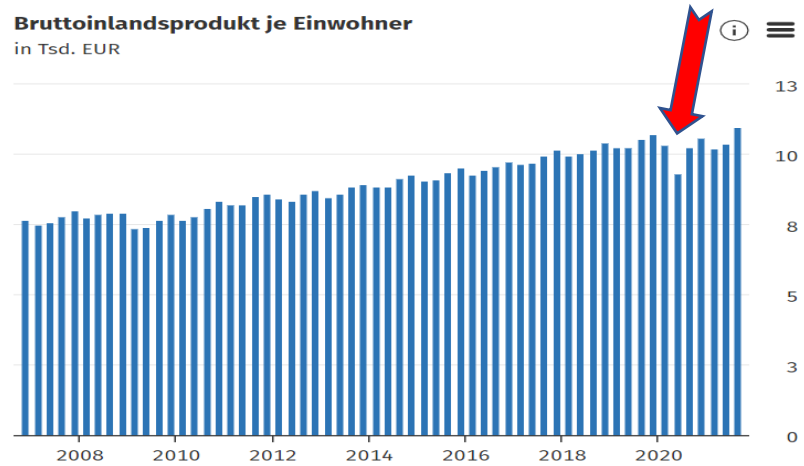
Abbildung 18: Veränderung BIP und BIP-pro-Kopf (Deutschland)



Quelle: Destatis 2022, Dashboard.

Der Einbruch des Bruttoinlandsproduktes um 9,7 Prozent im zweiten Quartal 2020 ist von historischem Ausmaß. Das dritte Quartal kompensierte einen Teil dieser Verluste, es gelang eine Erhöhung um 8,5 Prozent.¹⁷ Im Jahr 2021 stabilisierte sich das Wirtschaftswachstum, die deutsche Produktion stieg erneut um 2,9 Prozent (preis-, saison- und kalenderbereinigt), der Erholungsprozess setzte sich fort.¹⁸ Das zunächst schrumpfende Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Rezessionsjahr 2020 bildet die Basis für die Steuereinnahmen der Regierung.

Abbildung 19: BIP je Einwohner (Deutschland)



Quelle: Destatis 2022, Dashboard.

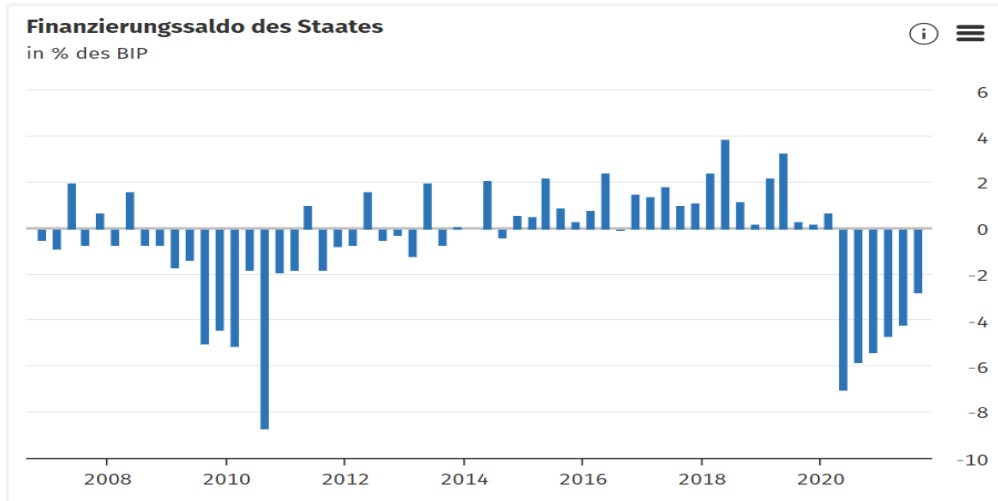
Nur erbrachte Wertschöpfung einer Gesellschaft lässt sich besteuern und verschafft dem Staat ausreichend liquide Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben. Gleichzeitig steigen in der

¹⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt 2021.

¹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt 2022b.

Krise typischerweise die Ausgaben des Staates: die notwendigen staatlichen Zuschüsse zu Sozialversicherungen (Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung, Rentenversicherung), aber auch Subventionen und Fördermaßnahmen (Konjunkturpaket) des Staates zur Verkürzung der Rezessionsphase.

Abbildung 20: Finanzierungssaldo des Staates



Quelle: Destatis 2022, Dashboard.

Die Folgen der Rezession zeigen sich insbesondere im Finanzierungssaldo des Staates, der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben. Ein Defizit wird durch Kreditaufnahmen gegenfinanziert werden, die an den Kapitalmärkten erfolgt.

4.1 Einnahmen des Staates

Die ökonomischen Folgen der Corona-Restriktionen hinterlassen deutliche Spuren in den Haushalten der öffentlichen Hand. Betrachtet man die Steuereinnahmen von Bund Ländern und Gemeinden so sind die volkswirtschaftlichen Schäden, die COVID-19 im Hinblick auf

Tabelle 2: Entwicklung der Steuereinnahmen

Ebene	in Mrd. €			
	2018	2019	2020	2021
Bund	322,4	329,1	283,1	313,7
Länder	314,1	324,5	316,3	355,1
Gemeinden	48,6	51,4	32,8	38,2
EU	28,60	30,9	50,1	54,0
Zusammen	713,6	735,9	682,4	761,0

Eigene Darstellung, Daten vom Statistischen Bundesamt.

die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und folglich auch für die Steuereinnahmen des Landes hinterlässt, deutlich.¹⁹ Der Einbruch der Steuereinnahmen auf Bundesebene mit 14 Prozent im Jahr 2020 ist bemerkenswert, Im Vergleich dazu sind die Einnahmefälle von Ländern und Gemeinden eher gering ausgefallen (jeweils minus 2,5 Prozent). Da sich die EU über bereits festgelegte Finanzaufweisungen der Mitgliedsländer gemäß des 7-Jahres-Haushaltsplans finanziert, mussten die EU-Institutionen keinen Rückgang der Einnahmen hinnehmen.

Tabelle 3: Veränderung der Steuereinnahmen

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	2019		2020		2021	
Ebene	in Mrd. €	in %	in Mrd. €	in %	in Mrd. €	in %
Bund	+6,7	+2,1	-45,9	-14,0	+30,6	+10,8
Länder	+10,5	+3,3	-8,2	-2,5	+38,3	+12,3
Gemeinden	+2,8	+5,8	-1,3	-2,5	+5,4	+16,5
EU	+2,3	+8,2	+1,9	+6,0	+3,9	+7,7
Zusammen	+22,3	+3,1	-53,5	-7,3	+78,6	+11,5

Eigene Darstellung, Daten vom Statistischen Bundesamt.

Das Krisenjahr 2020 mit wochenlangen Lockdowns, Home-Office, Handels- und Reiserestriktionen, Lieferkettenprobleme und Werksschließungen hat die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 7,3 Prozent einbrechen lassen, auf der Bundesebene ist der Rückgang mit 14,0 Prozent am deutlichsten. Auch wenn im Folgejahr 2021 offensichtlich eine Erholung der Wirtschaft einsetzt und die Steuereinnahmen deutlich ansteigen, mit Zuwächsen zwischen 7,7 und 12,3 Prozent, so gelingt es nur den Ländern und der EU-Ebene das Vorkrisenniveau zu erreichen, bzw. im Falle der Länder dieses deutlich zu übertreffen. Bund und Gemeinden bleiben in ihren Steuereinnahmen 2021 deutlich unter dem Vorkrisenniveau verhaftet. Berücksichtigt man den stark gestiegenen Finanzbedarf der zahlreichen Anti-Corona-Maßnahmen wird die Schuldenproblematik offensichtlich.

¹⁹ Vgl. Bundesfinanzministerium, diverse Monatsberichte.

4.2 Ausgaben des Staates: Erhöhter Finanzbedarf durch die Krise

Die Betrachtung der Ausgabenseite des Bundes offenbart das Verschuldungspotential durch die Corona-Rezession. Der zusätzliche Finanzbedarf spiegelt sich deutlich in den Werten des Nachtragshaushaltes des Bundes wider. In schwarzer Schrift die realisierten Zahlen 2019 und 2020 sowie die ursprüngliche Planung der Staatseinnahmen und Ausgaben für die Jahre 2022 fortfolgende. In roter Schrift die Ergänzungen des Nachtragshaushalts, weil bereits für das Jahr 2021 die zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht zur Ausgabendeckung ausreichen und weiterhin ein hoher Finanzbedarf für die folgenden Jahre bis 2025 prognostiziert wurde.

Tabelle 4: Bundeshaushalt (inkl. Nachtragshaushalt, Angaben in Mrd. Euro)²⁰

				<i>Finanzplan</i>			
	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Gesamtausgaben*	357,1	443,4	370,3	376,5	381,1	387,0	
Gesamteinnahmen**	356,4	313,0	370,3	376,5	381,1	387,0	
Nachtragshaushalt***			547,7	419,8	397,5	402,7	403,4
Nettokreditaufnahme	0,0	130,5	0,0	0,0	0,0	0,0	
Nachtragshaushalt***			240,2	81,5	8,3	11,5	10,0

*Gesamtausgaben inkl. Zuführungen an Rücklagen

**Steuereinnahmen inkl. Verwaltungs-/Münzeinnahmen und Entnahmen aus Rücklagen

***Finanzplan plus

Eigene Darstellung.

Verglichen mit den finanziellen Folgen der Finanzkrise 2008/09 werden die Unterschiede deutlich: Die Finanzkrise 2008/09 hat insbesondere die Steuereinnahmen der Länder stark verringert, Gemeinschafts- und Bundessteuern hingegen haben nur leicht gelitten. Die Corona-Krise 2020/21 hat die Steuereinnahmen des Bundes stark dezimiert, die Ländereinnahmen hingegen wurden nur wenig in Mitleidenschaft gezogen.^{21,22}

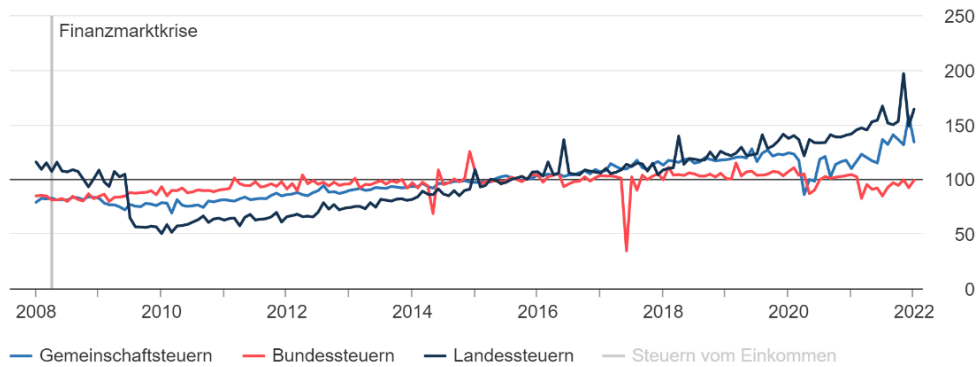
²⁰ Vgl. Bundesministerium der Finanzen, diverse Haushaltsabschlüsse.

²¹ Vgl. Statistisches Bundesamt 2022c.

²² Vgl. Statistisches Bundesamt 2021b, Pressemitteilung: „Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) ... mitteilt, wurden die starken Steuerausfälle der Kommunen infolge der Corona-Pandemie durch Zuweisungen (Finanzhilfen) von Bund und Ländern ausgeglichen, etwa im Rahmen des „Kommunalen Solidarpakts 2020.“

Abbildung 21: Einnahmen aus Gemeinschafts-, Bundes- und Landessteuern

Bereinigte Einnahmen aus Gemeinschaft-, Bundes- und Landessteuern
Jahresdurchschnitt 2015 = 100

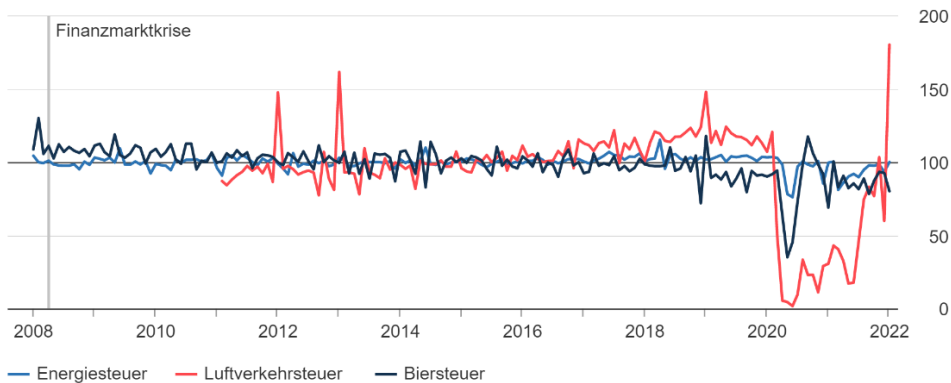


Quelle: Destatis 2022.

Betrachtet man die Entwicklung beispielhaft bezogen auf die Einnahmen aus der Biersteuer (Landessteuer) sowie der Energie- und Luftverkehrsteuer (Bund) wird deutlich, wie asymmetrisch die Wirtschaftsbereiche von der Pandemie betroffen

Abbildung 22: Entwicklung der Steuereinnahmen

Bereinigte Einnahmen aus ausgewählten Bundes- und Landessteuern
Jahresdurchschnitt 2015 = 100



Quelle: Destatis 2022.

sind. Während der Luftverkehr wochenlang in Europa und vielen weiteren Ländern zum Erliegen kam, sind die Schwankungen beim Energieverbrauch von einer geringen Volatilität geprägt.

Die Corona-Hilfspakete

Die Bundesregierung hat zur Abfederung der ökonomischen und sozialen Folgen der Krise ein Konjunkturpaket beschlossen.²³ Es sollen nicht nur die kurzfristigen Krisenfolgen

²³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft 2020.

gemildert werden, sondern mit dem Zukunftspaket auch die Innovationsfähigkeit in der Zukunft sichergestellt werden.

Das **Konjunkturpaket** fokussiert sich auf die Bereiche

- (1) Unterstützung der **Betriebe** (Finanzzusagen, Insolvenzaussetzung),
- (2) Unterstützung der **Haushalte** (Familien und Individuen in Not, Kindergeld, vereinfachter Grundsicherungszugang),
- (3) Unterstützung **öffentlicher Einrichtungen** (soziale Betriebe, ÖPNV, Kommunen),
- (4) Platzierung **öffentlicher Aufträge** (Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage).

Zu den zentralen Maßnahmen des Konjunkturpaketes gehören die Elemente:

- Absenkung der Mehrwertsteuersatz von 19% auf 16% und von 7% auf 5% (vom 1.7.2020 bis zum 31.12.2020, Finanzbedarf: 20 Mrd. Euro)
- „Sozialgarantie 2021“: Sozialversicherungsbeiträge werden bei maximal 40% stabilisieren durch Bundeszuschüsse (Finanzbedarf: 5,3 Mrd. Euro 2020, Bedarf 2021 nicht ermittelbar)
- EEG-Umlage gedeckelt durch Bundeszuschuss (2021: Zielwert 6,5 ct/kwh, im Jahr 2022 Zielwert 6,0 ct/kwh, Finanzbedarf: 11 Mrd. Euro)
- Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmer (Insolvenzen): Verkürzung des Entschuldungsverfahrens für natürliche Personen auf drei Jahre, Einführung eines vorinsolvenzlichen Restrukturierungsverfahren
- Bund zieht geplante Aufträge und Investitionen vor (Digitalisierungsvorhaben in der Verwaltung, Sicherheitsprojekte sowie neue Rüstungsprojekte mit hohem deutschen Wertschöpfungsanteil, Projektvolumen: 10 Mrd. Euro)
- Vergaberecht wird temporär vereinfacht (Verkürzung der Vergabefristen bei EU-Vergabeverfahren, Anpassung der Schwellenwerte für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben)
- Kurzarbeitergeld ab dem 1. Januar 2021 vereinfacht zu beziehen
- Überbrückungshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen (Volumen: maximal 25 Mrd. Euro, Juni bis August. Erstattet werden in Abhängigkeit vom Umsatzrückgang 50 % bis zu 80 % der fixen Betriebskosten, maximal 150.000 Euro für drei Monate. Unternehmen ≤ fünf Beschäftigten: Erstattungsbetrag 9.000 Euro,

- Unternehmen 10 Beschäftigten: 15.000 Euro (Finanzbedarf: 25 Mrd. Euro aus nicht ausgeschöpften, bestehenden Programmen)
- vereinfachter Zugang in die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) bis zum 30. September 2020 verlängert.
 - Stabilisierung gemeinnütziger Organisationen (Sozialunternehmen, Jugendherbergen, Einrichtungen der Jugendbildung, Familienferienstätten, Schullandheimen und anderen gemeinnützigen Kinder- und Jugendunterkünften): 2020 und 2021 ein Kredit-Sonderprogramm über die KfW auf (zuzüglich Förderbeteiligung landeseigener Institute, Finanzbedarf 0,9 Mrd. Euro)
 - Erhaltung und Stärkung der Kulturinfrastruktur, Nothilfen, Mehrbedarfe von Einrichtungen und Projekten und die Förderung alternativer, auch digitaler Angebote gefördert werden sollen. (Finanzbedarf: 1 Mrd. Euro)
 - Kompensation der Kommunen für Steuerausfälle: Bund trägt Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende bis zu 75% tragen kann (Finanzbedarf: 4 Mrd. Euro pro Jahr)
 - Beihilfen für ÖPNV-Unternehmen zum Ausgleich der stark verringerten Fahrgeldeinnahmen (Finanzbedarf: 2,5 Mrd. Euro in 2020)
 - Familienunterstützung: Einmaligen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind für jedes kindergeldberechtigtes Kind, (keine Anrechnung auf Grundsicherung, Finanzbedarf: 4,3 Mrd. Euro), Kapazitätsausbau bei Kindergärten, Kitas und Krippen (Finanzbedarf: 1 Mrd. Euro), Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagesbetreuung (Digitalisierung, Lehrer-Fortbildung, (Finanzbedarf: 2 Mrd. Euro), Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro für die Jahre 2020 und 2021 angehoben und damit mehr als verdoppelt. (Finanzbedarf: 0,75 Mrd. Euro)

Zusätzlich haben die Finanzbehörden Unterstützung geleistet: Steuerzahlungen gestundet, erfolgte Steuervorauszahlungen rücküberwiesen, also Maßnahmen ergriffen, die das finanzielle Überleben der Unternehmen in der Corona-Krise ermöglichen sollen. Ein solches

Maßnahmenpaket beinhaltet allerdings auch die Gefahr, eine Insolvenz zu verschleiern, bzw. hinauszuzögern.²⁴

Mit einer eher langfristigen Dimension legt die Regierung das **Zukunftspaket** auf:

- (1) Mobilität (Bahn- und Schiffsverkehr, Transformation Antriebstechnologien,
- (2) Energie und Digitalisierung (Wasserstoff, KI, Kommunikationstechnologien),
- (3) Modernisierung öffentlicher Verwaltung
- (4) Gesundheitsbereich.

Das Zukunftspaket deckt die Bereiche ab:

- steuerliche Forschungszulage für Unternehmen, Unterstützung der großen außeruniversitären Forschungsorganisationen (Finanzbedarf: 2 Mrd. Euro)
- Strukturwandel Mobilität und Digitalisierung: Kfz-Steuer für PKW wird stärker an CO₂-Emissionen ausgerichtet, zehnjährige Kfz-Steuerbefreiung für reine Elektrofahrzeuge bis zum 31.12.2025 gewährt und bis 31.12.2030 verlängert, verdoppelte E-Fahrzeug-Prämie von 3.000 auf 6.000 Euro (Finanzbedarf: 2,2 Milliarden Euro), Förderung von Forschung und Entwicklung und Elektromobilität im Stadtverkehr (Finanzbedarf: 2,2 Milliarden Euro), Flottenaustauschprogramm für Handwerker und KMU für Elektronutzfahrzeuge bis 7,5 t, Ladesäulen-Infrastruktur (2,5 Milliarden Euro), Bus- und LKW-Flotten-Modernisierungsprogramm für private und kommunale Betreiber (Finanzbedarf: 1,2 Mrd. Euro), Unterstützung der Transformation der Fahrzeughersteller und der Zulieferindustrie: (Finanzbedarf: 2 Milliarden Euro)
- Deutsche Bahn: Kompensation der Corona-bedingten Einnahmeausfälle durch zusätzliche Eigenkapitalaufstockung in Höhe von 5 Mrd. Euro
- Schifffahrt: Ufersanierungen, Modernisierung von Schleusen, Ersatzbeschaffungen von Schiffen: Innovationsförderung, das Maritime Forschungsprogramm, das Förderprogramm Landstrom, Förderprogramm LNG-Betankungsschiffe, Flotten-erneuerungsprogramm Behördenschiffe, Sofort-Programm Saubere Schiffe (Finanzbedarf: zusätzliche 1 Mrd. Euro)

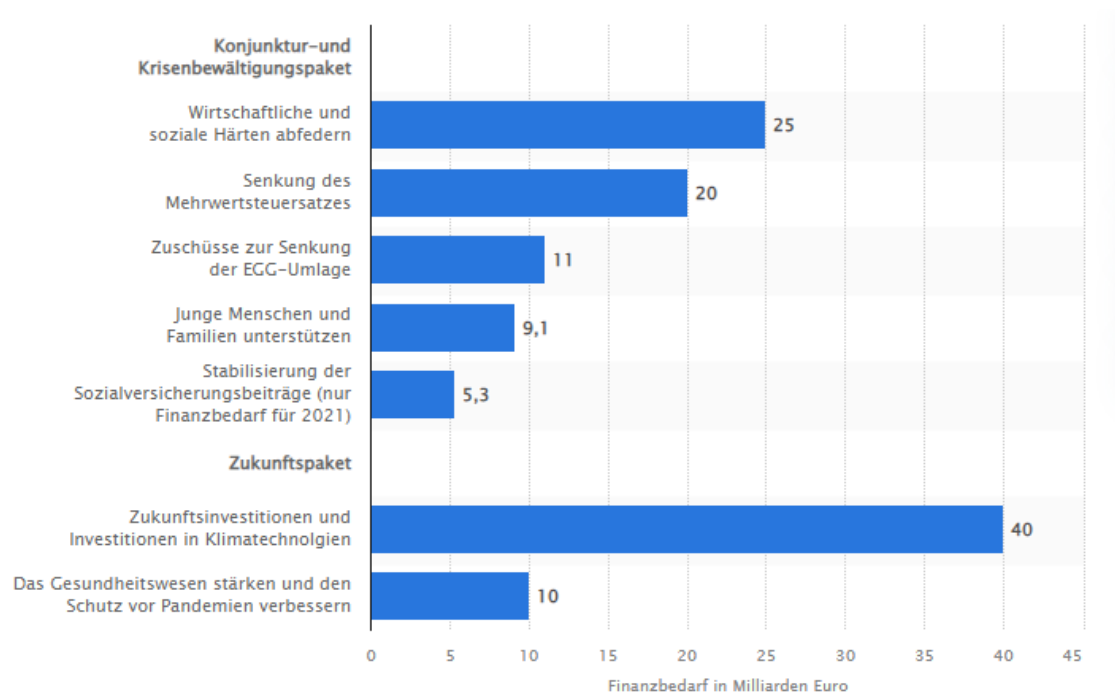
²⁴ Vgl. Becker (2021).

- Beschleunigte Umstellung von Flugzeugflotten auf moderne Flugzeuge neuester Bauart (bis zu 30% weniger CO₂, Finanzbedarf: 1 Mrd. Euro)
- Nationale Wasserstoffstrategie (Finanzbedarf: 7 Mrd. Euro), Aufbau außenwirtschaftlicher Partnerschaften mit Ländern, die Wasserstoff effizient produzieren können (Finanzbedarf: 2 Mrd. Euro)
- CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wird für 2020 und 2021 aufgestockt, (Finanzbedarf: ca. 2 Mrd. Euro)
- Moderne Verwaltung: Registermodernisierung, Digitalisierung der Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen und nachhaltiger Energieverbrauch (Finanzbedarf: 4,3 Mrd. Euro)
- Förderung künstlicher Intelligenz (KI) (zusätzliche 2 Mrd. Euro) und Quantentechnologien (Finanzbedarf: 2 Mrd. Euro), zukünftige Kommunikationstechnologien 5G und perspektivisch 6G (Finanzbedarf: 2 Mrd. Euro), flächendeckendes 5G-Netz in ganz Deutschland, (Finanzbedarf: 5 Mrd. Euro)
- Gesundheitsbereich: Forschung und Einrichtung eines Mustergesundheitsamtes (Finanzbedarf: 4 Mrd. Euro), Zukunftsprogramm Krankenhäuser (Finanzbedarf: 3 Mrd. Euro), inländische Produktion wichtiger Arzneimittel und Medizinprodukte aufgelegt. (1 Mrd. Euro), deutschen Impfstoffentwicklungen, Schutzausrüstung und Bevorratung (1,75 Mrd. Euro²⁵)

Die Vielzahl an Maßnahmen des Konjunktur- und Zukunftspaketes erweckt eventuell den Anschein einer gewissen Beliebigkeit, tatsächlich dienen die Maßnahmen der Unterstützung und Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auf bereiter Front, um einer rezessiven Entwicklung frühzeitig entgegenzutreten. Gleichzeitig soll die Nachfragestabilisierung möglichst nicht nur im „hier und jetzt“ ihre Wirkung entfalten, sondern auch geschickt gelenkt werden, um die Ökonomie für die Herausforderungen der nächsten Zeit zu wappnen und gut aufzustellen. Insbesondere die Maßnahmen des Zukunftspaketes beinhalten Programme, die der Angebotspolitik zuzurechnen sind und stellen die Weichen für eine prosperierende Wirtschaft in der mittleren und längeren Frist.

²⁵ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft 2020.

Abbildung 23: Ausgewählte Bestandteile des Konjunkturpakets der Bundesregierung zur Bewältigung der Corona-Krise (vom 03.06.2020)



Quelle: Statista, Finanzbedarfe für die Jahre 2020 und 2021 in Milliarden Euro

Sozialversicherungen: Zuschüsse und Defizite

Betrachtet man die Finanzierungssalden der Sozialversicherungen (Kern- und Extrahaushalte) so werden auch hier die tiefen Spuren deutlich, die die Corona-Krise hinterlassen hat.²⁶:

Tabelle 5: Ausgewählte Sozialversicherungen – Überschüsse und Defizite

Sozialversicherungen	2021*		2020	2019	2018
gesetzliche Krankenversicherung	-1.329		-5.143	-433	3.613
Allgemeine Rentenversicherung	-4.573		-4.555	+1.415	3.977
Bundesagentur für Arbeit	-21.581		-20.660	+2.482	6.228
Insgesamt	-29.368		-27.894	+8.149	+11.158

Anmerkung: Werte in Mio. Euro

*Angaben für 2021 beinhalten nur Daten für die Quartale 1, 2 und 3, Finanzierungssaldo i.d.R. finanziert über Entnahmen aus Rücklagen.
Quelle: Statistisches Bundesamt 2022d.

²⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt 2022d.

Auf die Überschüsse der Jahre 2018 und 2019, die zum Großteil den Rücklagen zugeführt wurden, folgten 2020 und 2021 defizitäre Lagen der Sozialversicherungen, deren Finanzierung durch Auflösung der Rücklagen der Vergangenheit erfolgte.

Beachtet werden muss, dass die Sozialversicherungen ohnehin unterstützt werden durch Steuerzahlermittel, die sog. Bundeszuschüsse. Im Jahr 2021 betrug der Bundeszuschuss insgesamt 134 Milliarden Euro. Zusätzliche Finanzmittel hat der Bund bereits eingeplant. Zur Stabilisierung der Lohnkosten und des Beschäftigungsniveaus will die Bundesregierung den Beitragssatz zu den Sozialversicherungen bei max. 40 Prozent für die Jahre 2022 bis 2025 stabilisieren; allein diese Maßnahme erfordert zusätzliche 144 Mrd. Euro für einen Zeitraum von vier Jahren.²⁷

Abbildung 24: Entwicklung der Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen



Quelle BMWI, 2021

Es ist offensichtlich, dass angesichts der langfristigen demographischen Entwicklung, der Abnahme der Berufstätigkeit (Verrentung der sog. „Babyboomer-Jahrgänge“ 1955 - 1969), voranschreitender Digitalisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse die Einnahmenbasis der Sozialversicherungen zusehends erodiert, gleichzeitig die Ausgaben aber ansteigen: steigende Anzahl von Rentenbeziehern, längere Lebenszeit, fortschrittliche, teure medizinische Behandlungen. Auch die ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes in der Corona-Krise (Kurzarbeit, erleichterter Sozialhilfe-

²⁷ Vgl. Büttner und Werding, 2021.

bezug etc.) implizieren Kosten in Milliardenhöhe, die eine Belastung des Bundeshaushalts und damit des Steuerzahlers darstellen.

Die erhöhten Finanzierungsbedarfe, insbesondere auch die hohen Zuschüsse zu den Sozialversicherungen haben die Nettokreditaufnahme nicht nur in Deutschland, sondern auch in den weiteren EU-Mitgliedsstaaten stark ansteigen lassen.

5 Konsequenzen für die Schuldsituation

Die Bekämpfung der Corona-Krise hat in zahlreichen europäischen Ländern Spuren in der Haushaltsführung und Finanzlage hinterlassen, so auch in Deutschland. Die Einnahmen des Staates (Bund, Länder und Gemeinden) sind 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 erheblich eingebrochen, von 705 Mrd. Euro auf nur noch 632,2 Mrd. Euro. Dies bedeutet allein für den Bund eine Verringerung der Einnahmen um 14 Prozent (vgl. Tabelle 3), auch Länder und Gemeinden haben Einnahmenverluste hinnehmen müssen, die mit 2,5 Prozent in beiden Fällen jedoch deutlich geringer ausgefallen sind.

Gleichzeitig sind die Ausgaben des Bundes im Jahr 2020 durch die Finanzierung der Corona-Hilfsmaßnahmen angestiegen auf insgesamt 443,4 Mrd. Euro. Die Finanzierung erfordert eine Nettokreditaufnahmen im Jahr 2020 in Höhe von 130,5 Mrd. Euro. Allein die Sozialversicherungen (gesetzliche Krankenversicherungen, allgemeine Rentenversicherungen und Bundesagentur für Arbeit) weisen 2020 ein Defizit von 27.894 Mrd. Euro auf, für das Jahr 2021 wird ein noch höheres Defizit prognostiziert mit 29.368 Mrd. Euro.

Für die Finanzplanung des Bundes ergeben sich damit eine Tendenz zur stärkeren Verschuldung. Die Nettokreditaufnahme im Jahr 2021 wird 240,2 Mrd. Euro umfassen, im Jahr 2022 insgesamt 81,5 Mrd. Euro. Die Werte für die Jahre 2024 und 2025 mit 11,5 bzw. 10 Mrd. Euro wecken die Hoffnung auf eine abnehmende Entwicklung bei der Neuverschuldung und die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt. In der Vergangenheit erwirtschaftete der Bund seit dem Jahr 2012 einen Haushaltsüberschuss, ein Umstand, der den kontinuierlichen Abbau der Staatsverschuldung ermöglichte. Diese Phase ist mit dem Jahr 2020 eindeutig beendet.

Angesichts der Corona Krise und Ihrer Implikationen steigt die Schuldenquote der Bundesrepublik (gemäß Maastricht-Kriterien, als Prozentsatz des jährlichen Bruttoinlands-

produkts) auf 68,7 Prozent²⁸ im Jahr 2020 und auf 69,3 von Hundert im Jahr 2021. Ein Umstand der mit Blick auf die zulässigen Verschuldungskriterien der EU (max. 60 Prozent des BIP) Besorgnis auslösen muss. Trotz aller Unwägbarkeiten bezüglich der zukünftigen Entwicklung ist im Falle Deutschland Raum für Optimismus – die Regierung hat in der Vergangenheit bereits unter Beweis gestellt, dass solide Staatsfinanzen einen hohen Stellenwert in der deutschen Politik und öffentlichen Meinung genießen und dass deshalb eine erneute Reduktion hoher Schuldenstände möglich und durchaus wahrscheinlich erscheint.

In weiteren Mitgliedländern der EU hingegen ist die Bekämpfung hoher Schuldenstände nicht immer sehr erfolgversprechend verlaufen, die durch die Corona-Pandemie angehäuften Schulden erhöhen in Italien oder Frankreich einen bereits vergleichsweise hohen Schuldenstand. Die politischen Spielräume wie auch der Wille zum Schuldenabbau erscheint in diesen Ländern teilweise eher wenig ausgeprägt, was im Hinblick auf den gemeinsamen Währungsraum Anlass zu erheblichen Befürchtungen ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass mit dem Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts (Ende Februar 2022) die Haushaltspläne für das laufende Jahr 2022 und die folgenden Jahre konterkariert werden. Die bisherige Planung wird sich nicht aufrechterhalten lassen. Zusätzliche Mittel werden aufgebracht werden müssen für militärische Hilfen an die Ukraine, Unterbringung und Versorgung der Ukraine-Flüchtlinge sowie die sich abzeichnende Versorgungskrise im Energiebereich, die die Heiz- und Stromkosten in Deutschland stark ansteigen lassen. Erwartet wird, dass bis innerhalb des Jahres 2022 der Gaspreis sich verdreifacht, eventuell sogar vervierfachen könnten – mit unabsehbaren Folgen für die konjunkturelle Entwicklung. Auch die Gegenmaßnahmen der Regierung in Form von Tankrabatten, 9-Euro-Tickets, Klimageld etc. stellen eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte dar, die zwar vorübergehend die finanziellen Nöte der Bevölkerung etwas dämpfen, allerdings keine nachhaltige und aus ökonomischer Sicht auch keine sinnvolle Reaktion auf die Energieknappheit bei fossilen Materialien darstellen.

²⁸ Vgl. Bundesbank b.

Dank der laxen Geldpolitik der EZB mit einer jahrelangen Null-Prozent-Zinspolitik, flankiert durch Aufkaufprogramm von Staatsanleihen²⁹ (z.B. PEPP, PSPP) war es Deutschland wie auch anderen Euro-Mitgliedsländern möglich, sich vergleichsweise günstig an den Kapitalmärkten zu refinanzieren. Mit steigenden Inflationsraten im Euroraum seit spätestens Frühherbst 2021 steigt der Druck auf die Europäische Zentralbank, die Zinsen im Euroraum zu erhöhen, zumindest die Ankaufprogramme zu beenden. Eine Entwicklung, die auch für Staaten mit einem Triple A-Rating wie Deutschland die Schuldzinsen jüngst haben steigen lassen.

Abbildung 25: Rendite 10-jähriger Staatsanleihen Deutschland



Quelle: www.investing.com, 28.06.2022

Steigende Kreditzinsen (im Juni 2022 auf 1,652 Prozent für Deutschland) verteuern die Finanzierung von Staatsausgaben über die Finanzmärkte, hinzu haben Staaten wie Deutschland und Italien Investoren einen inflationsausgleich bei der Emittierung der Staatsanleihen zugesagt (sog. Inflationsindexierte Anleihen und Obligationen)³⁰ – ein Umstand, der nun auch Altschulden in der Bedienung für den Staat zu einer teuren Angelegenheit werden lässt.

Vor diesem Hintergrund sind die Zukunftsaussichten im Hinblick auf die Möglichkeiten der Bundesrepublik teure Konjunkturprogramme als Gegenmaßnahme zu einer erneut einbrechenden Konjunktur im Jahr 2022 zu finanzieren, deutlich eingetrübt. Der Fragestellung nach der Entwicklung der Verschuldung und der Schuldenquote

²⁹ Für PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) vgl. u.a. Bundesbank a.

³⁰ Vgl. hierfür z.B. Deutsche Finanzagentur.

ausgewählter EU-Mitgliedsländer infolge der COVID-19-Pandemie widmet sich eine weitere Untersuchung.³¹

³¹ Olbrisch-Ziegler: Folgen der COVID-19 Pandemie für die Staatsschuldenquoten – Prognose der Entwicklung der Staatsverschuldung in zentralen EU-Mitgliedsländern, Working Paper 03/2022.

Literaturverzeichnis

- Becker, Marco (2021): Zombie-Unternehmen in der Corona-Pandemie oder Phänomen der verdeckt überschuldeten Unternehmen in Deutschland, Institut für Unternehmensrechnung, IUCF Working Paper Nr. 03/2021, Hamburg, ZBW - Leibniz Information Centre for Economics, Kiel, Hamburg.
- Büttner, Thiess, Werding, Martin, Optionen zur Stabilisierung der Einnahmesituation der Sozialversicherungen Nürnberg und Bochum 8. Oktober 2021, abgerufen unter https://www.pkv.de/fileadmin/user_upload/PKV/a_Positionen/PDF/2021-10_Gutachten_Buettner__Werdning.pdf
- Bundesagentur für Arbeit, Fachstatistiken, Zeitreihendaten, diverse Veröffentlichungen, <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Zeitreihen/Lange-Zeitreihen-Nav.html>
- Bundesbank a, Geldpolitische Wertpapierankäufe
<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/geldpolitik/geldpolitische-wertpapierankaeufe/pandemic-emergency-purchase-programme-pepp--830356>,
sowie
<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/geldpolitik/geldpolitische-wertpapierankaeufe/aktive-programme-602324#tar-4> S, zuletzt abgerufen am 26.06.2022
- Bundesbank b,
<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/deutsche-schuldenquote-2021-auf-69-3-prozent-gestiegen-888382>, abgerufen am 25.06.2022
- Bundesministerium für Gesundheit, o. V., <https://impfdashboard.de>, 2022
- Bundesministerium der Finanzen, Monatsberichte und Haushaltsabschlüsse diverser Jahre, abgerufen im Februar 2022 von
https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2022/01/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-2-steuereinnahmen-2021-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=6,
https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2021/01/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-4-steuereinnahmen-2020-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=4
https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2020/01/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-3-steuereinnahmen_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=3,
<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Bilderstrecken/Infografiken/2020-01-13-Haushaltsabschluss-Bundeshaushalt-2019/2020-01-13-Haushaltsabschluss-2019.html> sowie
<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Bilderstrecken/Infografiken/2021-01-19-vorlaeufiger-haushaltsabschluss-2020/2021-01-19-vorlaeufiger-haushaltsabschluss-2020.html>
https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2021/04/Inhalte/Kapitel-2b-Schlaglicht/2b-nachtragshaushalt-2021-eckwerte-bundeshaushalt-2022-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, o. V., Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken, Ergebnis Koalitionsausschuss 3. Juni 2020, abrufbar unter:

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunktepapier-corona-folgen-bekaempfen.pdf?__blob=publicationFile&v=6

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, o. V., Neue Wege bei der Finanzierung der Sozialversicherung, ONLINE-VERSION vom 25.02.2021, abgerufen am 22.02.2022 von <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2021/03/kapitel-1-12-neue-wege-bei-der-finanzierung-der-sozialversicherung.html>

Bundesregierung, o. V. abgerufen am 25.02.2022 von <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/corona-informationen-impfung/mythen-impfstoff-1831898>,

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/alltag-in-zeiten-von-corona/#:~:text=Abstand%20halten%2C%20Hygiene%20beachten%2C%20im,Alltag%20in%20Zeiten%20von%20Corona>.

COSMO — COVID-19 Snapshot Monitoring, Ein Gemeinschaftsprojekt von Universität Erfurt, Robert Koch Institut, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Leibniz-Institut für Psychologie, Science Media Center, Bernhard Nocht Institut für Tropenmedizin und Yale Institute for Global Health, Ergebnisse aus dem wiederholten querschnittlichen Monitoring von Wissen, Risikowahrnehmung, Schutzverhalten und Vertrauen während des aktuellen COVID-19 Ausbruchsgeschehens, Akzeptanz aktueller Maßnahmen, abgerufen am 22.02.2022 von <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/politik/20-akzeptanz/#:~:text=Unterschiede%20nach%20Impfstatus-,4%20Anteil%20der%20Ma%C3%9Fnahmen%2DAblehnenden%20im%20Zeitverlauf,auf%20bis%20zu%2035%25%20gestiegen>.

CRIF GmbH, o. V., Insolvenzrisiko in der Gastronomie deutlich erhöht, Zahl der insolvenzgefährdeten Gastronomie-Unternehmen steigt in der Corona-Pandemie um 30,8 Prozent, Meldung vom 10.02.2022, <https://www.presseportal.de/pm/22285/5142960>

Daube, Carl Heinz (2022) Covid-19 – Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft, IUCF Working Paper No. 2/2022

Deutsche Finanzagentur.
<https://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/bundeswertpapiere/inflationsindexierte-bundeswertpapiere/>

Deutschlandfunk 2020, Ausgangsbeschränkungen in der Coronakrise: Was die Kontaktverbote für die Gesellschaft bedeuten, vom 22.04.2020, abgerufen am 22.02.2022 von <https://www.deutschlandfunk.de/ausgangsbeschraenkungen-in-der-coronakrise-was-die-100.html>

Deutschlandfunk (2022a), o.V . Coronavirus - aktuelle Zahlen und Entwicklungen, Daten: RKI, abgerufen am 25.02.2022 von <https://www.deutschlandfunk.de/coronavirus-aktuelle-zahlen-und-entwicklungen-106.html>

- Deutschlandfunk (2022b), o. V. COVID-19 - Chronologie: Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland, abgerufen am 25.02.2022 <https://www.dw.com/de/chronologie-ausbreitung-des-coronavirus-in-deutschland/a-58003172>
- Deutschlandfunk (2022c), Verfasser: Ehl, David, CORONA - Deutschland will Impfstoff-Produktion ausbauen, DW vom 03.04.2021 auf <https://www.dw.com/de/deutschland-will-impfstoff-produktion-ausbauen/a-57079473>
- Deutschlandfunk (2022d), o. V. <https://www.dw.com/de/covid-19-der-lange-weg-des-impfstoffs/a-56171438> u
- Ehrentraut, Oliver, Koch, Tobias, Wankmüller, Bernhard, Auswirkungen des Lockdown auf die regionale Wirtschaft - Welche Branchen und Regionen trifft der Ausnahmezustand besonders?, Kurzexpertise, 2020 Prognos
- El-Menouar, Yasemin, Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl - Sieben Wertemilieus und ihre Sicht auf Corona, Bertelsmann Stiftung, Februar 2021, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zwischen-individueller-freiheit-und-gemeinwohl-all>
- EU 2022, o. V., Fragen und Antworten zur Corona-Impfung in der EU, abgerufen am 25.02.2022 von https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/coronavirus-response/safe-covid-19-vaccines-europeans/questions-and-answers-covid-19-vaccination-eu_de#:~:text=Welcher%20Impfstoff%20ist%20schon%20zugelassen,Dezember%202020
- Eurostat Database, abgerufen unter <https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-euro-indicators/-/2-21102021-AP>
- Eurostat Data Browser, diverse Angaben und Jahre, abgerufen unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_17_40/default/table?lang=de
- Felbermayr, Gabriel, Stehn, Jürgen, Corona-Krise: Königreich für einen Flickenteppich-Kommentar in Wirtschaftsdienst 100. Jahrgang, Heft 5, S. 310, 2020
- Gelbe Liste, o. V., abgerufen am 30.04.2022 von <https://www.gelbe-liste.de/coronavirus/medikamente-coronavirus>
- Handelsverband Deutschland 2022, Gewinner und Verlierer nach Branchen, abgerufen am 30.04.2022 von <https://einzelhandel.de/presse/zahlenfaktengrafiken/1022-konjunktur/1888-umsatzentwicklungnachbranchen>
- Investing.com, <https://de.investing.com/rates-bonds/germany-10-year-bond-yield-streaming-chart>, zuletzt abgerufen am 28.06.2022
- it Daily, 2022, o. V. Corona-Pandemie beflügelt Streaming-Dienste und Mediatheken vom 8. April, 2022 abgerufen am 30.04.2022 von <https://wp1.it-daily.net/shortnews/corona-pandemie-befluegelt-streaming-dienste-und-mediatheken-2>

- Mecklenburg-Vorpommern Landesamt für innere Verwaltung
Statistisches Amt, Corona-Pandemie, Zeitleiste abgerufen unter <https://www.laiv-mv.de/Statistik/Corona/>
- MDR , o.V., Corona-Rückblick, abgerufen am 25.02.2022 von
<https://www.mdr.de/nachrichten/jahresrueckblick/corona-chronik-chronologie-coronavirus-102.html>.
- NDR, o.V., Corona - Eine Renaissance des Biedermeier, abgerufen von
<https://www.ndr.de/kultur/Corona-Eine-Renaissance-des-Biedermeier,corona7194.html>,
- Robert Koch Institut (RKI), o. V., Digitales Impfquotenmonitoring zur COVID-19-Impfung, abgerufen am 25.02.2022 von
https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Impfquoten-Tab.html
- RP Online, o.V., Lehren aus Corona - Rückzug in den Corona-Biedermeier, vom 05.10.2020, abgerufen von https://rp-online.de/kultur/die-neue-gemuetlichkeit-in-zeiten-von-corona_aid-52876337,
- Spiegel Online, o. V., Schärfere Coronamaßnahmen- Hamburg verhängt nächtliche Ausgangssperre, vom 31.03.2021,
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-hamburg-verhaengt-naechtlliche-ausgangssperre-a-5162d661-cf44-4601-8d6b-173762b6fa74>
- Statista 2022a, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1134714/umfrage/anteil-der-unternehmen-mit-umsatzrueckgang-wegen-corona-nach-branchen/>
- Statista 2022b,
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1143144/umfrage/corona-krise-anteil-der-kurzarbeiter-nach-sektoren/>
- Statista 2022c Abschluss von Abos bei Medienanbietern während der Corona-Pandemie, vom 19.01.2022 abgerufen von
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1121103/umfrage/abschluss-von-abos-bei-medienanbietern-waehrend-der-corona-pandemie/>
- Statista 2022d, Länder mit den striktesten Eindämmungsmaßnahmen gegen das Coronavirus, vom 25.04.2022 abgerufen von
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1258499/umfrage/eindaemmungsmaßnahmen-gegen-das-coronavirus-nach-laendern/#professional>
- Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021, Pressemitteilung Nr. 023 vom 31. März 2021, abgerufen von
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_N023_p001.html#:~:text=Quartal%202020%20hatte%20die%20Wirtschaftsleistung,f%C3%BCr%20Deutschland%20im%20Jahr%201970.
- Statistisches Bundesamt 2021b, Pressemitteilung Nr. 152 vom 29. März 2021:
- Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022, diverse Veröffentlichungen.
- Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022b, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Bruttoinlandsprodukt (BIP) Stand 25. Februar 2022, abgerufen von

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/bip-bubbles.html>

Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022c, Wirtschaftliche Auswirkungen, Statistiken mit Bezug zu COVID-19, abgerufen unter

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Wirtschaft/kontextinformationen-wirtschaft.html>

Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022d, diverse Statistiken abgerufen von

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finzen/Ausgaben-Einnahmen/Tabellen/sozialversicherung-finanzierungsuebersicht-2021.html?view=main> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finzen/Ausgaben-Einnahmen/Tabellen/liste-kern-extrahaushalte-q-2021.html>

Statistisches Bundesamt, Dashboard, 2022 abgerufen von

https://service.destatis.de/DE/vgr_dashboard/bip_vj.html

Tagesschau 2020, o. V. Nach dem Corona-Boom - Streaming-Wachstum am Limit?, Stand: 04.04.2022, abgerufen am 30.04.-2022 von

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/streaming-netflix-disney-corona-boom-inflation-101.html>

Tagesschau 2021, o. V., Debatte über Corona-Maßnahmen - Hauptsache kein neuer "Flickenteppich", abgerufen am 30.04.2022 von

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/coronapandemie-regelungen-101.html>

Tropeninstitut 2021., o. V. Welt: Studien zum Krankheitsverlauf bei Omikron, Studien zur Omikron-Variante im Vergleich zu Delta, Meldung vom: 09.03.2022,

<https://tropeninstitut.de/aktuelle-krankheitsmeldungen/31.12.2021-welt-omikron#gruende>

VFA, die forschenden Pharma-Unternehmen, Deutsche Standorte für

Impfstoffentwicklung und -produktion, abgerufen am 22.02.2022 von

<https://www.vfa.de/de/presse/pressemitteilungen/grafiken-tabellen-covid-19>

Wesolowski, Kathrin, Ist eine Herdenimmunität überhaupt noch möglich? vom

01.10.2021, Deutsche Welle, abgerufen am 24.02.2022 von

<https://www.dw.com/de/ist-eine-herdenimmunit%C3%A4t-%C3%BCberhaupt-noch-m%C3%B6glich/a-59212006>

Zeit Online, Psychologie in der Corona-Krise - "Es hat sich eine Art Corona-Biedermeier

etabliert", Interview mit Psychologen Stephan Grünwald vom 15.08.2020, abgerufen

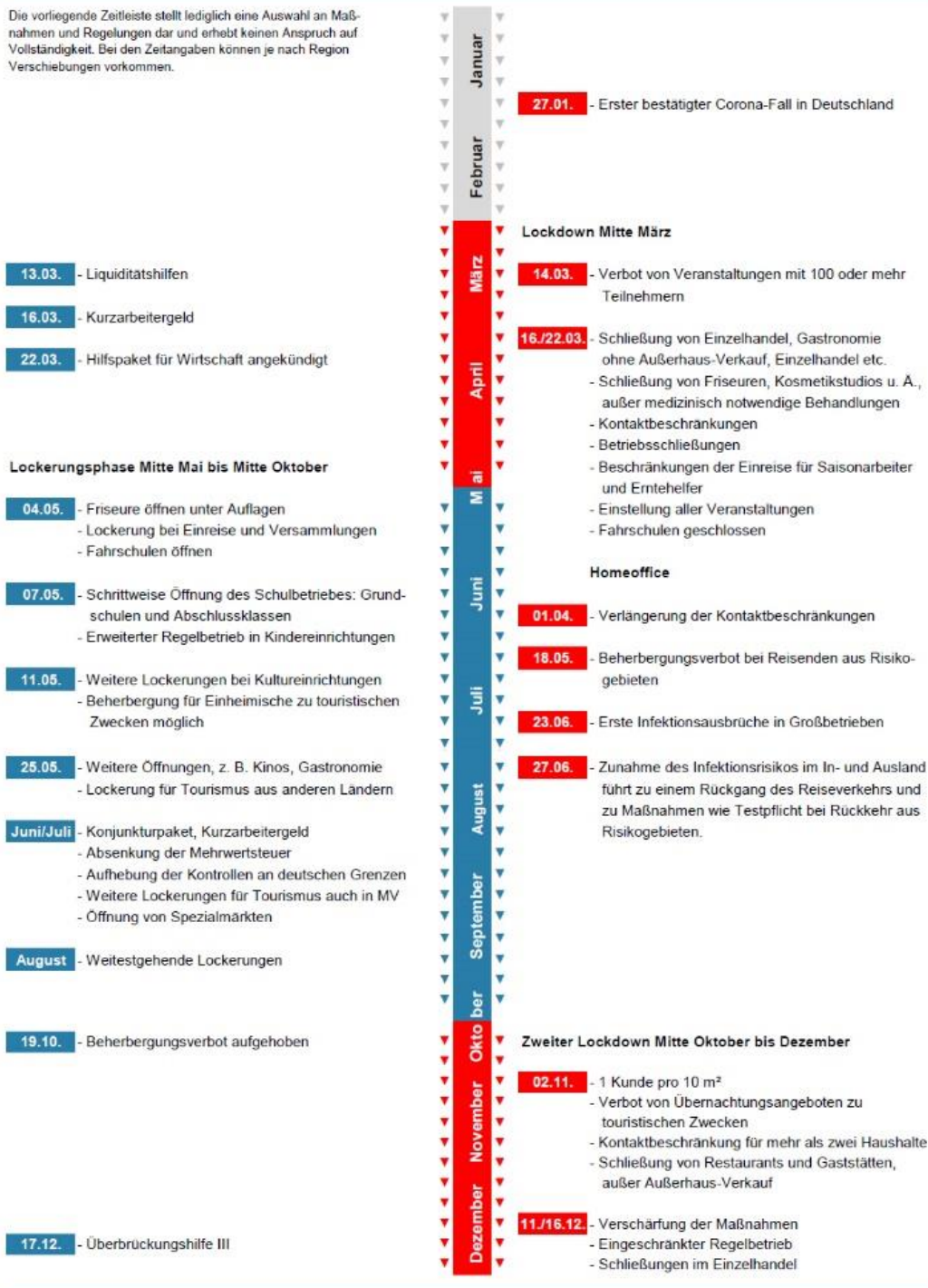
von <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-08/psychologie-corona-krise-zweite-welle>

Anhang

Zeitleiste

Auswirkungen der CoVid-19-Pandemie 2020

Die vorliegende Zeitleiste stellt lediglich eine Auswahl an Maßnahmen und Regelungen dar und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei den Zeitangaben können je nach Region Verschiebungen vorkommen.



Auswirkungen der CoVid-19-Pandemie 2021

Die vorliegende Zeitleiste stellt lediglich eine Auswahl an Maßnahmen und Regelungen dar und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei den Zeitangaben können je nach Region Verschiebungen vorkommen.

Maßnahme / Datum	Monat	Maßnahme / Datum		
22.02. - Öffnung von Kitas, Hort, Kindertagespflege bei 50-100, Besuchsverbot mit Notfallbetreuung > 150	Januar	11.01. - Verbot für Verzehr von Alkohol in Öffentlichkeit		
01.03. - Öffnung der Gartencenter - Individualsport u. Training (<50) möglich m. E. - Öffnung von Friseuren, <35 Öffnung von Nagel- u. Kosmetikstudios, Fußpflege - Pflegeeinrichtungen/Angebote für Menschen mit Behinderung: Besuch m. E. erlaubt - Veranstaltungen/Messen zur beruflichen Orientierung mit Termin erlaubt		05.02. - Inzidenzregelungen für Landkreise/krsf. Städte: Ausgangs- und Bewegungsbeschränkungen, Einreiseverbot u. a. je nach Inzidenz - Schließung der Sportanlagen außer Kadersportler		
08.03. Lockerungen je nach Inzidenzwert (>100; >50) - Treffen: 2 Haushalte, max. 5 Person - Alkoholverbot aufgehoben - Gesamter Einzelhandel: "Click and Meet" - Theater, Zoos etc. öffnen Außenbereiche m. E. - Weitere Dienstleistungsbereiche öffnen m. E. - Stufenmodelle für alle Schulen - Außenbereiche von Gaststätten öffnen m. E. - Schrittweise Lockerung für Besuch von Pflegeeinrichtungen u. Anbg. für Menschen mit Behind.		15.02. - Ausreisebeschränkungen (Soll) - Schließungen von Musikschulen, außer "Jugend musiziert" 24.02. - Allgemeinbildenden Schulen < 50: Präsenzpflicht für Kl. 1-6 u.d. Abschlusskl., sonst Wechselunterricht mit Präsenzpflicht; > 50: keine Präsenzpflicht außer Abschlusskl., >150: Notfallbetreuung - Berufliche Schulen: ähnlich wie Allg. Schulen		
26.04. - Einzelne Lockerungen für vollständig Geimpfte und mit Testpflicht auch in Schulen m. E.		01.03. - Verbot d. Trainings-, Spiel- u. Wettkampfbetriebs, außer Trainingsbetrieb für bis 14. Lebensjahr, ohne Zuschauer - Jugendarbeit, Freizeittreffs ausschließlich digital		
17.05. Weitere Lockerungen u. a. bei Kontakten - Wieder Regelbetrieb in Hort, Kita, Kinderpflege - Stufenmodell für alle Schulen je nach Inzidenz	Februar	29.03. Verschärfung der Maßnahmen je nach Inzidenz (Bundes-Notbremse >100; >150) >150 - Ausgangsbeschränkungen - Optionale Einschränkung des Bewegungsradius, Ein- u. Ausreise in Landkreise eingeschränkt - Schließung von Kosmetik- und Nagelstudios u. Ä. - Einschränkungen für gesamten Einzelhandel, außer Gartencenter - Einschränkungen für Individualsport - Schließung von Spielhallen >100 - Kitas, Hort, Kinderpflege mit Appell an Eltern Kinder zu Hause zu betreuen, (Notfallbetreuung) - Verschärfung des Stufenmodells an allen Schulen bis Verbot von Schulbesuchen - Schließung von Dienstleistungen im Tourismusbereich (Strandkorb-/Bootsverleih etc.) - Schließung der Gastronomie und Beherbergungsbetrieben mit Ausnahmen - Verschärfungen in Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen sowie für Angebote für Menschen mit Behinderung		
20.05. - Öffnung von Marinas und Campingplätzen für Dauer-Liegeplatzinhaber aus MV		März	19.04. - Nur noch Grundversorgung - Veranstaltungsverbot und Einschränkungen bei familiären Zusammenkünften - Schließung Prostitutionsgewerbe	
23.05. - Öffnung der Gastronomie unter Auflagen			April	25.06. Neue Corona-Ampel und neues Inzidenz-System - Corona-Regeln werden wieder Schritt für Schritt verschärft, sobald Anzahl an Infektionen und Krankenhausauslastung steigt
25.05. - Öffnung des gesamten Einzelhandels unter Auflagen, außer Spezialmärkte u. Ä. - Öffnung von Schankwirtschaften - Innen mit Termin und Test, keine Tanzveranstaltungen - Öffnung von Kosmetikstudios etc. m. E.				Mai
26.05. - Regelbetrieb an Schulen u. Bildungsträgern m. E.	Juni			
28.05. - Innenbereiche von Zoos etc. und Außenbereiche von Freizeiteinrichtungen öffnen wieder - Tagestourismus u. tourismusnahe Dienstleistg. sowie Busreisen in und von MV wieder möglich - Weitere Lockerungen bei Übernachtungen				
01.06. Weitreichende Lockerungen - U. a. bei Kontakten, Gastronomie, Tourismus, Kultur- und Freizeitangeboten, Einzelhandel				
25.06. - Lockerung bei Test- und Maskenpflicht - Clubs etc. öffnen m. E. und Testpflicht				

Quelle: Mecklenburg-Vorpommern, Landesamt für innere Verwaltung.

Impfstofftypen COVID-19

